Nummer 25 — Stuttgart, 18. Juni 1910 — 28. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **420000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Die deutschen Unternehmerverbände.

Das Reichs-Arbeitsblatt veröffentlichte in seiner Nummer 5 (1910) eine Darstellung der deutschen Unternehmerverbände, und zwar nach ihrem Stande zu Anfang 1910. Von den 1909 angeführten Verbänden sind diesmal mehrere weggelassen worden, weil sie ihrer Zweckbestimmung nach nicht hierher gehören und es wird daher einleitend betont, daß in der vorliegenden Uebersicht kaum noch Verbände enthalten sein dürften, die auszuschalten wären. Die erfaßten Verbände sind a) reine Unternehmerverbände oder b) Verbände, bei denen die Behandlung von besonderen Arbeiterfragen einen Teil der Aufgaben ausmacht und endlich c) Verbände, die zum Zwecke der Erledigung solcher Fragen andern Verbänden, und zwar solchen zu a) oder b), angeschlossen, sonst aber als wirtschaftliche Verbände anzusehen sind.

Die Durchführung der Erhebung wurde besonders von den beiden Zentralen, dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände" und der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände", dann aber auch von fast allen übrigen Reichsverbänden in jeder Weise unterstützt. Der Bitte um Ueberlassung der neuesten Mitgliederverzeichnisse als Kontrollmaterial wurde mit wenigen Ausnahmen entsprochen. Die Berichterstattung wird als im allgemeinen gut bezeichnet. Beeinträchtigt wurde sie im Baugewerbe und in der Holzindustrie durch die schwebenden Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge. Einige Verbände verhielten sich noch ablehnend oder blieben mit für die Statistik nicht unwesentlichen Angaben im Rückstand.

Nach der vorliegenden Uebersicht bestehen 84 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2055 Ortsverbände, zusammen 2613 Verbände, 21 mehr als im Vorjahr. Im einzelnen betrachtet, sind 11 Reichs- und 72 Landes- oder Bezirksverbände mehr, dagegen 62 Ortsverbände weniger. Diese Zahlen entsprechen aber nicht der wirklichen Verschiebung zwischen 1909 und 1910. Denn einmal dürfte in den Erhebungen beider Jahre unbedingte Vollständigkeit nicht erreicht sein und sodann mußten einige Verbände, die in der vorjährigen Erhebung enthalten sind, fortgelassen werden, weil sie nicht mehr als wirkliche Unternehmerverbände anzusehen waren. Von den im Vorjahr aufgeführten Reichsverbänden sind 9 in Wegfall gekommen, von denen sich 2 während des Jahres 1909 aufgelöst haben, während 7 aus dem vorgenannten Grunde fortgelassen sind; 20 Verbände sind neu aufgenommen worden, die größtenteils schon im Vorjahr bestanden haben.

Die weggelassenen 9 Reichsverbände waren in der vorjährigen Statistik mit rund 50 000 Mitgliedern und rund 85 000 beschäftigten Arbeitern vertreten. Es befinden sich nämlich unter den jetzt nicht mehr als Unternehmerverbände betrachteten einige Verbände von Kleinunternehmern mit erheblicher Mitgliederzahl. Durch neu aufgenommene Reichsverbände wurden dagegen nur rund 8100 Mitglieder, die aber rund 117 000 Arbeiter beschäftigen, zugeführt. Der erhebliche Mitgliederausfall macht sich in den Summenzahlen der diesjährigen Erhebung sehr bemerkbar. Es sind in der vorliegenden Uebersicht angeführt 115 095 Mitglieder mit 3 854 680 beschäftigten Arbeitern gegen 159 405 Mitglieder mit 3 617 147 beschäftigten Arbeitern im Vorjahre. Auf die einzelnen Industriegruppen verteilen sich diese Zahlen folgendermaßen:

	Reichsverbände	Landes- oder Bezirksverbände	Ortsverbände	Zusammen	Mitglieder	Arbeiter
Landwirtschaft 2c.	1	5	25	31	5949	31080
Bergbau	1	8	—	9	243	451289
Steine und Erden	14	24	41	79	3751	193150
Metall- und Maschinenindustrie	16	80	72	186	12398	754310
Chemische Industrie	1	—	3	4	105	24084
Textilindustrie	3	18	67	88	612	473409
Papierindustrie	7	12	18	37	408	45931
Lederindustrie	4	10	27	41	1228	12556
Holzindustrie	2	6	163	171	5112	63255
Nahrungs- u. Genußm.	4	38	59	101	8031	126700
Bekleidung	7	28	190	225	4973	60820
Baugewerbe	9	132	1085	1226	51038	525132
Graphische Gewerbe	6	49	74	129	5551	79295
Handel und Verkehr	5	23	58	86	3028	100671
Gastwirtschaft	—	—	2	2	334	—
Freie Berufe	2	23	78	103	508	25000
Summa	82	456	1962	2500	103269	2966782
Hierzu gemischte Verbände	2	18	93	113	11826	887898
Zusammen	84	474	2055	2613	115095	3854680

An der Spitze der Reichsverbände und mit der Zahl der erfaßten Arbeiter steht die Metall- und Maschinenindustrie, während sie mit der Zahl der erfaßten Unternehmer in zweiter Linie steht. Die Gliederung der Organisation in dieser Gruppe ist diese (siehe die Tabelle in der nächsten Spalte):

Die in den Zahlenreihen der Landes- oder Bezirks- und Ortsverbände gemachten Angaben betreffen die den „Oberverbänden" (Branchenverbänden) verbliebenen Verbände oder Sektionen. (Die schrägen Zahlen bedeuten also, daß diese Verbände nur den Ortsverbänden der betreffenden Gruppe angeschlossen sind.) Unter den Branchenverbänden ist, wie die Tabellen erkennen lassen,

	Verbände überhaupt	Reichsverbände	Landes- oder Bezirksverb.	Ortsverbände	Mitglieder	Arbeiter
1. Reichsverbände.						
Gesamtverband d. Metallindustriellen, Berlin	1	4	41	12	2960	489300
Verband der Eisengießereien, Düsseldorf	*1*	—	—	—	*567*	*74000*
Gruppe der Seeschiffswerften, Hamburg	*1*	—	—	—	*24*	*34000*
Verband der Flußschiffswerften, Hamburg	*1*	—	—	—	*112*	*1942*
Verband der Kupferschmiedereien, Hannover	*1*	—	*14*	—	*563*	*2060*
Arbeitgeberverband der Deutschen Sensenindustrie, Köln	*1*	—	—	—	*14*	*400*
Gesamtvereinigung der Weißblech verarbeit. Industrie Deutschlands, Berlin	1	—	—	1	86	5000
Verband der Drahtindustrie Deutschlands, Tempelhof bei Berlin	1	—	—	1	147	5000
Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland, Frankfurt a. M.	1	—	11	—	397	—
Verband selbständiger Deutscher Installateure 2c., Düsseldorf	1	—	—	1	3900	10000
Vereinigung von Arbeitgebern der Deutschen Edelmetallindustrie 2c., Pforzheim	1	—	3	2	641	26703
Schutzverband für den Wagenbau 2c., Berlin	1	—	1	3	—	—
Arbeitgeber-Schutzverband der Schlossereien 2c., Berlin	1	—	—	16	862	9000
Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands, Berlin	1	—	7	1	11	1200
Schutzverband der Blasinstrumentenfabrikation, Berlin	1	—	—	—	51	675
Verband der Orgelbaumeister Deutschlands, Stuttgart	1	—	—	—	55	1200
2. Landes- und Bezirksverbände.	8	—	10	11	2346	180667
	72	—	—	*1*	*2901*	*399189*
3. Ortsverbände.	19	—	—	5	870	25565
	53	—	—	—	*1757*	*53868*
Zusammen	38	4	72	53	12398	754310

der Gesamtverband der Metallindustriellen mit dem Sitz in Berlin (Kühnemännerverband) hinsichtlich der in Betracht kommenden Arbeiterzahl der stärkste, indem er die größere Hälfte der von der Organisation der gesamten Industriegruppe berührten Arbeiterschaft erfaßt. Die größte Mitgliederzahl hat der Verband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede mit dem Sitz in Düsseldorf.

Beide Tabellen zeigen, wie nachgerade ganz Deutschland mit einem Netz von Organisationen der Unternehmer überzogen ist, wobei die vorliegenden Angaben ja keineswegs erschöpfend sind, da es noch zahlreiche Unternehmerorganisationen gibt, die in unserer Statistik nicht figurieren. Es sei beispielsweise an die Innungen erinnert, die Hunderttausende Mitglieder zählen und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in ihrem ausgedehnten Wirkungskreise beeinflussen.

Uebrigens ist die vorliegende Statistik auch aus dem Grunde nicht vollkommen, weil von den 2613 Verbänden nur 1923 über Mitglieder und 1414 über Arbeiter berichtet haben. Immerhin scheint es sich dabei nur um weniger bedeutende Verbände zu handeln, die keine Angaben machten.

An der Spitze der Unternehmerorganisationen stehen die beiden Berliner Zentralen: „Verein deutscher Arbeitgeberverbände" mit 50 000 Mitgliedern, die 1 600 000 Arbeiter beschäftigen und die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" mit 6589 Mitgliedern und 1 027 818 Arbeitern, die also die eigentliche Großindustrie umfaßt. Gegenüber 1909 hat die erstere Zentrale einen Zuwachs von 17 500 Mitgliedern mit 150 000 Arbeitern, die andere einen solchen von 445 mit zirka 30 000 Arbeitern erfahren. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände verdankt seine Zunahme in der Hauptsache dem Beitritt des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, der sich angeschlossen hat im Hinblick auf seine, die Arbeiterorganisationen vernichtenden Pläne, die er nun in Form der Aussperrung durchführen will. —

Verschiedene Reichsverbände, so der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mit 140 Mitgliedern und 151 397 Arbeitern und andere gehören keiner der beiden Zentralen an.

Erwähnt wird auch noch der internationale Arbeitgeberverband für die Organisation des internationalen Streikbruchs der Seeleute und Hafenarbeiter, der seinen Sitz in London hat.

Es ist nicht leicht, einen Vergleich der organisatorischen Macht der Arbeiter mit der der Unternehmer anzustellen, da man es hier mit ungleichen Größen zu tun hat. Setzen wir die rund 2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Vergleich mit den 3 854 680 Arbeitern, die in den Betrieben der 115 095 Unternehmer beschäftigt sind, so ergibt sich, daß sie nur die größere Hälfte derselben ausmachen. Dabei entfällt aber ein großer Teil der 2 Millionen Gewerkschaftler auf das Kleingewerbe, das von der Statistik der Unternehmerorganisationen nur zum Teil erfaßt ist. Anderseits sind unter den 3 854 680 Arbeitern auch viele Kinder, Jugendliche und Alte, die nicht organisationsfähig und bei großen Kämpfen weder für die eine noch für die andere Partei von ausschlaggebender Bedeutung sind. —

Auf jeden Fall lehrt aber die fortschreitende Ausbreitung und Erstarkung der Unternehmerorganisationen mit dem ausgesprochenen Zweck der Niederhaltung der gesamten Arbeiterklasse neuerdings die dringende Notwendigkeit der fortgesetzten rastlosen und ausgedehntesten Agitations- und Organisationsarbeit unter den fernstehenden Arbeitern zur Verstärkung unserer Armee.

Metallarbeiterverhältnisse in Bayern.

I.

Die Berichte der bayerischen Fabrikinspektoren über das Jahr 1909 sind richtige Krisenberichte, die in der Darstellung der Geschäftslage, des Arbeitsmarktes, der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und der Betriebsstatistik bekunden, wie tief das Wirtschaftsjahr 1909 noch stand. Natürlich war davon auch die Metall- und Maschinenindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen, so daß die Statistik für sie einen Rückgang aufweist. Ihre Verhältnisse in den beiden letzten Jahren waren so gestaltet:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1909	1908	1909	1908
Betriebe	1841	1773	1855	1773
Arbeiter	44635	45006	65372	66468
Männliche	31924	32544	61311	62561
Weibliche	12711	12452	4061	3917
Erwachsene	39904	40283	60942	62090
Jugendliche	4424	4401	4269	4176
Kinder	307	322	161	202

Während die beiden Industriegruppen eine weitere Vermehrung der Betriebe erfuhren, ist in beiden die Arbeiterzahl zurückgegangen. Das heißt, daß die den Arbeiterschutzbestimmungen neu unterstellten Betriebe in der Hauptsache kleinere Betriebe waren und in einem Teil der schon auf der Fabrikliste gestandenen Betriebe eine Verminderung der Arbeiterzahl eingetreten ist. An diesem Rückgang partizipieren die verschiedenen Arbeiterkategorien in sehr ungleichem Maße. In der Metallindustrie ist die Zahl der männlichen Arbeiter mit 620 fast um das Doppelte des Gesamtrückganges von 371 vermindert worden und davon entfallen allein 526 auf die über 16 Jahre alten, also „erwachsenen" Arbeiter. Die Zahl der Arbeiterinnen ist um 259 gestiegen. Die Jugendlichen haben ebenfalls Zuwachs bekommen, während die Erwachsenen und die Kinder vermindert wurden. In der Maschinenindustrie ist mit 1093 die Verminderung der Arbeiterzahl eine fast dreimal so große wie in der Metallindustrie. Aber auch hier ist mit 1250 die Zahl der Arbeiter mehr vermindert worden als der Gesamtrückgang beträgt, wobei es sich ausschließlich um männliche Personen im Alter von über 16 Jahren handelt. Die Arbeiterinnen haben einen Zuwachs von 104 erhalten. Von den Altersklassen ist die der Erwachsenen stark reduziert worden, weniger die der Kinder, während die Jugendlichen eine Zunahme aufweisen.

Auch die den Arbeiterschutzgesetzen unterstellten Handwerksbetriebe haben unter der Fortdauer der Krise gelitten. 1908 gab es deren in der Metallindustrie 10 816 mit 26 340 Arbeitern, 1909 10 651 mit 25 683; in der Maschinenindustrie 4291 beziehungsweise 10 093 und 4191 beziehungsweise 9941.

An Handwerks- und Fabrikbetrieben zusammen zählte die Metallindustrie 1908 11 378 Betriebe und 65 116 Arbeiter, 1909 11 220 beziehungsweise 63 981; die Maschinenindustrie 4978 beziehungsweise 72 180 und 4891 beziehungsweise 70 818, also Rückgang auf der ganzen Linie.

Und damit in Uebereinstimmung steht auch die Entwicklung der gesamten von der Fabrikinspektion kontrollierten Industrie, die 1908 104 921 Betriebe mit 682 938 Arbeitern zählte, 1909 aber nur 104 441 und 679 741, um 480 Betriebe und 2197 Arbeiter weniger. Berücksichtigt man den erheblichen Bevölkerungszuwachs, den Deutschland jedes Jahr zu verzeichnen hat und der eine entsprechende Vermehrung der gesamten Arbeiterschaft zur Folge hat und vergegenwärtigt man sich ferner, daß wie in Bayern so im ganzen Deutschen Reich die Lage war, so wird ohne weiteres die starke Arbeitslosigkeit klar, die besonders in den Jahresrechnungen der Gewerkschaften mit ihren hohen Unterstützungssummen ihre empfindliche Wirkung äußert.

In der Verminderung der erwachsenen männlichen Personen und der gleichzeitigen Zunahme der billigeren weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte bekundet sich die Tendenz des Kapitals, die Arbeitslöhne herabzudrücken, um die Produktionskosten zu verbilligen, was zu einer Herabdrückung der Existenzbedingungen der gesamten Arbeiterklasse führen muß. Dies konstatiert auch der Landesgewerbearzt Dr. Koelsch in München, der der Fabrikinspektion beigegeben ist und der zum erstenmal einen Sonderbericht erstattet. Er sagt nämlich: „Wie überall, so macht sich auch in Bayern das Bestreben immer mehr geltend, durch vermehrte Einstellung von billigen weiblichen Arbeitskräften die Produktionskosten niedrig zu halten. Dabei liegt die Versuchung nahe, auch dort Frauen zu beschäftigen, wo es nicht angängig ist. Wiederholt mußte Gelegenheit genommen werden, die Entfernung solcher weiblicher Arbeiter zu beantragen, sei es wegen heftiger Staubentwicklung, wegen großer Körperanstrengung beim Tragen oder Fahren von Lasten oder wegen großer Hitze." Dazu liefert der Bericht von Pfalz-Süd eine geradezu drastische Illustration, indem er mitteilt, daß die Verwendung von Arbeiterinnen zum Kernmachen in Metallgießereien Fortschritte macht, die auch dann bedauerlich und bedenklich bleibt, wenn es sich, wie betont wird, nur um kleine Kerne handelt.

Im Gegensatz zur Verminderung der Arbeiterinnenzahl in der Metall- und Maschinenindustrie mehrerer Aufsichtsbezirke ist in Mittel- und Unterfranken eine Vermehrung derselben eingetreten; im letzteren Bezirk in den Metallwaren-, Gußstahlkugel- und Kugellagerfabriken, im ersteren Bezirk um 162 nur in der Metallindustrie, während hier in der Maschinenindustrie eine Verminderung der Arbeiterinnen um 71 verzeichnet ist.

Im Münchener Bericht wird der ungünstige Einfluß der Erwerbstätigkeit der Frauen auf die Kinderpflege beleuchtet. Bei der Besprechung des Aufsichtsbeamten mit Schwangeren und Müttern über die Säuglingsfürsorge wurde von diesen erklärt, daß sie ihre Kinder mit Rücksicht auf ihre gewerbliche Beschäftigung nicht oder

nicht genügend lange stillen könnten, weil sie die Wiederaufnahme der Arbeit daran hindere, oder auch, daß ihre Nahrung und Konstitution nicht dazu angetan sei. In der Tat wurden auch nur drei Frauen ermittelt, die ihre Kinder nach Wiedereintritt in die Arbeit mehrere Monate lang stillten. „Dem Hinweis auf die Mutter- und Säuglingsberatungsstellen, Stillprämien, Kinderkostplatzvermittlung rc. wurde sichtliches Interesse entgegengebracht." Das Beste wäre, der Lohn des Mannes genügte für den reichlichen Unterhalt der Familie und es könnte die Frau sich ganz der Kinderpflege und -Erziehung, der Familie und dem Haushalt widmen.

Ungeeignete Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern kommt ebenfalls vor. So wurden solche bei der Bedienung von Dampfkesseln, Revolverpresse, Momentstanze in Maschinenfabriken und bei anderen ungeeigneten Verrichtungen angetroffen.

In Mittelfranken wurden zusammen 1300 erwerbstätige Kinder ermittelt, wovon 966 eigene und 334 fremde, 863 gesetzlich zulässig und 334 in gesetzwidriger Weise beschäftigt worden waren. Davon entfielen auf die Metallindustrie 227, wovon 220 eigene und 7 fremde; 43 eigene Kinder waren gesetzwidrig beschäftigt. Der Bericht bemerkt ausdrücklich dazu, daß die Erhebungen darüber auf volle Richtigkeit keinen Anspruch machen können und Kinder oft unklare wie auch unwahre Angaben machen. „Als besonders verwerfliche Arten der gewerblichen Tätigkeit eigener Kinder sind zu erwähnen die Beschäftigung eines Knaben in der Steinmetzwerkstätte seines Vaters mit Nacharbeiten eines Sockels, sowie solche in Schmiedewerkstätten, ferner in Wirtschaften das Kegelaufsetzen an Sonntagen bis über 8 Uhr abends von Knaben im Alter von 6 bis 8 Jahren sowie das Bedienen der Gäste durch ein 11jähriges Mädchen, das Mitwirken eines 11jährigen Knaben in öffentlicher Schaustellung durch Musizieren und Tanz; bei eigenen und fremden Kindern die Ausführung von Botengängen für Dritte vor Schulbeginn von 5 bis 7 Uhr früh oder über 3 Stunden lang." In 6 Fällen wurden Strafen von 3 bis 20 M. wegen ungesetzlicher Beschäftigung von Kindern verhängt.

Der oberfränkische Aufsichtsbeamte konstatiert, daß viele Ortsbehörden bei der Durchführung des Kinderschutzgesetzes einfach streiken und daß es sich bei den Unternehmern, die jetzt noch das Gesetz übertreten, einfach um Leute handelt, die dasselbe nicht beachten wollen, also kapitalistische Anarchisten sind. Es klingt fast naiv, wenn dazu bemerkt wird, daß man auf einen weiteren Fortschritt im Gesetzesvollzug aus eigenem Antrieb der Unternehmer auf Jahre hinaus nicht wird hoffen dürfen. Gewiß nicht. Dafür sind eben die Behörden da und werden auch die Arbeiterorganisationen, ihre Arbeiterschutzkommissionen wie ihre Presse sich noch viel mehr als bisher darum kümmern müssen, um zu verhüten, daß das bißchen Kinderschutz nur auf dem Papier steht.

Die internationale Kupferproduktion.

Der jeweilige Stand der Kupferproduktion der maßgebenden Länder läßt auf die internationale Geschäftslage wohl kaum solche Schlußfolgerungen zu, wie dies bei der Roheisenerzeugung der Fall ist. Immerhin ist die Bedeutung des Kupfers für eine Reihe größerer Gruppen der Maschinen- und Metallindustrie so, daß eine Besprechung der Vorgänge auf dem internationalen Kupfermarkt angezeigt ist.

Wie unsere in der Hauptsache kupferverarbeitende Industrie in den letzten 25 Jahren eine gewaltige Ausdehnung erfahren hat, so sind auch die Zahlen der Kupfererzeugung gewaltig gestiegen. Während noch im Jahre 1886 die jährliche Weltproduktion an Kupfer auf kaum 500 Millionen Pfund geschätzt wurde, beträgt sie heute an 2000 Millionen Pfund. An diesen Erzeugungsmengen sind je nach ihrem Reichtum an Kupfererzen die einzelnen Länder verschieden beteiligt. An der Spitze aller kupferproduzierenden Länder steht bekanntlich Amerika mit etwa 60 Prozent der Weltproduktion.

Produktion, Ein- und Ausfuhr sowie Kupferverbrauch der hauptsächlichsten Industrieländer waren im Jahre 1908* in Meter-Tonnen:

	Produktion	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
Amerika	449 500	73 600	300 200	210 600
Deutschland	30 001	157 434	6 778	180 657
Großbritannien	71 400	121 100	33 200	128 900
Frankreich	8 000	74 000	5 200	73 900
Oesterreich	1 338	33 259	1 125	33 500
Italien	4 000	19 623	172	23 500
Rußland	16 800	4 800	20	21 600

* Genaue Angaben für 1909 fehlen noch. Die Zahlen sind der Statistik der Metallgesellschaft der Metallurgischen Gesellschaft, Frankfurt a. M., entnommen.

Demnach ist die Ausfuhr gegenüber der Produktion und dem Verbrauch allein in Amerika, dort allerdings ganz enorm, von großer Bedeutung. Auch in England, das mit 33 000 Tonnen nach Amerika folgt, ist die eigentliche Ausfuhr nicht bedeutend, da die Ausfuhr seiner eigenen Produkte nur 13 600 Tonnen beträgt. Amerika versorgt also in der Hauptsache sämtliche Kupfer verbrauchende Länder mit seiner Produktion, von ihm bezogen die einzelnen Länder 1908 folgende Quanten:

Deutschland . .	146617 Tonnen	Italien	11600 Tonnen
England . . .	53400 „	Rußland . . .	2100 „
Frankreich . . .	52500 „	Belgien	2500 „
Das übrige Europa . .	17900 Tonnen		

Diese Zahlen ergeben, daß Amerika am Kupfermarkt in der Hauptsache als Produzent, die übrigen Länder mehr oder weniger als Konsumenten interessiert sind.

Die Preisschwankungen sind beim Kupfer wie bei allen anderen Produkten selbstverständlich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen; nur mit dem Unterschied, daß bei Kupfer infolge Fehlens jeder Verständigung unter den Produzenten der geschäftliche Aufschwung in Amerika trotz Steigerung des Kupferverbrauchs das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch auch im Jahre 1909 nicht beseitigt hat. Die Marktlage blieb deshalb auch andauernd gedrückt, wie aus den jeweiligen Marktberichten ersichtlich war. Die Ursache dieser Erscheinung ist die enorme Steigerung der Kupfererzeugung in Amerika im verflossenen Jahre. Sie betrug im Jahre 1909 zirka 627 409 englische Tonnen gegen 425 175 Tonnen im Jahre 1908, 392 520 im Jahre 1907 und 409 650 im Jahre 1906. Die Mehrproduktion wird zurückgeführt auf die Wiederaufnahme der Produktion in mehreren stillgelegt gewesenen Gruben und darauf, daß jüngere Erzeugungsgebiete in einem unerwarteten Aufschwung begriffen sind. Die dadurch verursachten Verschiebungen der Produktionszahlen der einzelnen Staaten Amerikas zeigt eine schätzungsweise Zusammenstellung des Boston News Bureau für 1909 mit den veröffentlichten amtlichen Angaben des U. S. Geological Survey für 1908 und 1907 in engl. Pfund:

	1909	1908	1907
Arizona	325 622 000	289 523 267	256 778 437
Montana	312 000 000	252 503 651	224 263 789
Michigan	237 000 000	222 289 584	219 131 503
Utah	117 000 000	71 370 370	66 418 370
Kalifornien	65 000 000	39 643 835	33 696 602
Nevada	53 700 000	12 241 372	1 998 164
Uebrige Staaten	45 000 000	54 998 642	66 709 626
Ver. Staaten	1 155 322 000	942 570 721	868 996 491
Mexiko und Kanada	162 000 000	152 000 000	163 000 000
Nordamerika	1 317 322 000	1 094 700 123	1 032 516 247

Diese gesteigerte Erzeugung hatte zur Folge, daß die Versorgung mit Kupfer den Verbrauch stark überholte und zu einer ganz enormen Steigerung der sichtbaren Weltvorräte gegen Ende 1909 führte. Ein Bild über die Erzeugung, den Verbrauch, die Ausfuhr und die Vorräte von Kupfer in Amerika im Jahre 1909 geben folgende Zahlen:

Erzeugung	Verbrauch	Ausfuhr	Vorräte
	in Tonnen		
627409	316101	302642	63289

Der Eigenverbrauch Amerikas betrug somit im Jahre 1909 316 101 Tonnen, während er im Jahre 1908 207 300, 1907 211 900 Tonnen und 1906 298 810 Tonnen betrug. Damit ist der Verbrauch des Jahres 1906, das ein Rekordjahr war, überholt. Auch die Ausfuhr hat Amerika 1909 gesteigert, sie betrug 302 642 Tonnen, gegenüber 295 270 Tonnen 1908 und 227 360 Tonnen im Jahre 1907. Die Entlastung Amerikas durch große Verschiffung seiner Kupferprodukte nach Europa hatte zur Folge, daß, obwohl der Kupferverbrauch in Europa auf der Höhe des Vorjahres blieb und deshalb nicht schlecht war, die sichtbaren europäischen Bestände an Kupfer stark anwuchsen, da die europäische Industrie nicht in der Lage war, solche gewaltige Mengen aufzunehmen. Die Verschiebung der Verhältnisse zwischen den Jahresenden 1908 und 1909 zeigen die anschließenden Zahlen:

	31. Dez. 09 Tonnen	15. Dez. 09 Tonnen	31. Dez. 08 Tonnen
Gesamtvorräte in England u. Frankreich	101972	99735	46227
Schwimmend von Chile und Australien	7050	7450	9450
Mithin sichtbare Vorräte	109022	107185	55677

Alles in allem war also die Lage am Kupfermarkt eine ziemlich gedrückte und wie die Marktberichte ergeben, war es den Kupferproduzenten und der Spekulation nicht gelungen, die Steigerung des Kupferverbrauchs zu einer Besserung der Preislage zu benützen. Da die gedrückte Lage ausschließlich auf die gewaltige Steigerung der Kupfererzeugung zurückzuführen ist und aller Wahrscheinlichkeit nach der Kupferverbrauch in den nächsten Jahren der Erzeugung nicht so rasch folgen dürfte, so ist es verständlich, wenn die Interessenten, vor allem die Amerikaner, darauf bedacht sind, Abhilfe zu schaffen, um ihre Gewinne zu steigern. Es sind deshalb auch seit längerer Zeit Verhandlungen im Gange, die darauf abzielen, durch Bildung eines Syndikats oder Kupfertrusts die Erzeugung zu regeln und dadurch Angebot und Nachfrage in ein „angemessenes" Verhältnis zu bringen. Man versucht also, durch gewaltsame Einschränkung der Kupferproduktion die Preise künstlich zu steigern, um den an den Kupferminen beteiligten Kapitalisten größere Gewinne zu sichern. Es soll auch nach den neuesten Meldungen unter den größeren Werken, die bis zu 75 Prozent der amerikanischen Kupfererzeugung kontrollieren, eine Verständigung erzielt und die Hauptschwierigkeiten überwunden, besonders eventuelle gesetzliche Einmischungen nicht zu befürchten sein. Wieweit diese Meldungen den Tatsachen entsprechen und nicht etwa spekulativen Zwecken dienen, läßt sich nicht kontrollieren. Ob es auf die Dauer möglich ist, wenn die geplante Kupferkombination wirklich zustande kommen würde, die Produktion der Kupferwerke künstlich einzuschränken, ist nach ähnlichen, früher gemachten Erfahrungen sehr fraglich. Im Verlauf der letzten 25 Jahre ist zweimal der Versuch gemacht worden, die Weltproduktion des Kupfers zu regeln. Obwohl beim ersten Versuch im Jahre 1887 die Rothschilds mit ihren Riesenvermögen hinter diesen Gruppen standen und später beim zweiten Versuch im Jahre 1899 die Rockefellergruppe, war es nicht möglich, den Kupfermarkt dauernd kontrollieren und die künstlich hochgeschraubten Kupferpreise halten zu können. Neben verschiedenen anderen Schwierigkeiten scheinen hauptsächlich die Unterschiede in den Gestehungskosten der Kupferproduktion zu liegen. Je nach Lage und Qualität der Kupfererze stellen sich die Produktionskosten der einzelnen Minen so verschieden voneinander, daß die günstiger gelegenen Werke durch billigere Gestehungskosten an einer Einschränkung der Produktion weniger interessiert sind. Anderseits sollen die Werke, die mit hohen Gestehungskosten rechnen müssen, eine Produktionseinschränkung nicht durchführen können, da infolge der hohen Gestehungskosten Gewinne nur erzielt werden, wenn recht hohe Kupfermengen erzeugt werden. Zu all dem kommt noch, daß bei gesteigerten Kupferpreisen und der Aussicht auf längere Aufrechterhaltung dieser Preise auch damit gerechnet werden muß, daß dann wieder Gruben in Tätigkeit gesetzt werden dürften, deren Abbau bei den gedrückten Preisen nicht lohnend war.

Zu erwägen wäre noch, wieweit das Zustandekommen der geplanten Vereinigung namhafter Werke und der damit verbundenen Preiserhöhungen des Kupfers auf die kupferverarbeitende Industrie durch Verteuerung des Rohmaterials schädlich einwirken würde. Soweit die deutsche Industrie, besonders die Elektrizitäts- und Kabelwerke in Frage kommen, äußerte sich die Frankfurter Zeitung wie folgt:

„Zeigten sich die Kupferkonsumenten im allgemeinen wenig ängstlich wegen einer Verteuerung des Rohmaterials, so trifft dies insbesondere auf die deutsche Elektrizitätsindustrie zu. Ihr Hauptverbrauch erstreckt sich auf die Kabelfabrikation. Sie ist dabei aber hinsichtlich ihrer Gewinne von dem jeweiligen Kupferpreis insofern unabhängig, als sie in ihren Abschlußverträgen eine entsprechende, auf die Preisschwankungen bezügliche Klausel vorsieht. Bei den Offerten für blanke und isolierte Kupferleitungen pflegt die Bestimmung getroffen zu werden, daß die Preise zu dem jeweiligen Marktwerte angesetzt und freibleibend sind. Müssen sich die Gesellschaften an die Preise für isolierte Leitungen binden, wie zum Beispiel bei Submissionen, so sehen sie eine Bestimmung etwa folgender Art vor: Die Preise für die isolierten Leitungen basieren auf einem Grundpreis für Elektrolytkupfer von £ . . . bis £ . . . und erhöhen sich um 0,20 M. pro 1 qmm Querschnitt und 1 km Länge für jedes angefangene £, oder ermäßigen sich um den gleichen Betrag für jedes volle £, um welches die Londoner Elektrolytkupfer-Notierung am Tage des Auftragseingangs höher als £ . . . . oder niedriger als £ . . . . ist. . . . Die Elektrizitätsgesellschaften sind infolgedessen bei derartigen Lieferungen an dem Steigen oder Fallen des Kupferpreises nicht direkt interessiert. Natürlich werden Bestellungen auf Kabel in einer Zeit außerordentlich hoher Kupferpreise weniger zahlreich eingehen, als bei einem normalen oder niedrigen Preisniveau, denn man darf annehmen, daß im Werte von Kabeln etwa zur Hälfte Kupfer enthalten ist, während die andere Hälfte die Aufwendungen für andere Materialien, die Arbeit, Gewinn u. s. w. darstellt. Gegenüber dem Verbrauch an Kupfer für Leitungen ist der Verbrauch dieses Materials in der Fabrikation elektrischer Maschinen verhältnismäßig geringfügig. Er dürfte etwa 6 bis 10 Prozent des Gesamtverbrauchs einer großen Elektrizitätsfirma darstellen. Die Gesellschaften müssen, da für den Preis des in der Maschinenfabrikation und für andere Zwecke, abgesehen von Kabeln, verwendeten Kupfers Bestimmungen, wie die oben erwähnten nicht üblich sind, sich Vorräte halten, die indessen im allgemeinen wohl nicht so bedeutend sind, wie man vielfach anzunehmen geneigt ist. Freilich werden sich die Unternehmungen in größerem Umfange decken, wenn sie nach der Lage des Kupfermarktes annehmen, daß eine Steigerung wahrscheinlich ist. Indessen dürften bei den großen Gesellschaften die Mengen, über die noch nicht disponiert ist, im allgemeinen nicht über etwa 1000 Tonnen hinausgehen; einige tausend Tonnen Deckung gelten schon als sehr viel. Meinungskäufe in großem Maße, die bei den oft stark schwankenden Preisen eine nicht ungefährliche Spekulation darstellen, dürften, wie man uns aus Kreisen dieses Industriezweiges versichert, ausgeschlossen sein. Der Gesamtverbrauch an Kupfer der drei großen Elektrizitätskonzerne, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens-Schuckert und Felten-Guilleaume-Lahmeyer, kann auf etwa

Die Weltausstellung in Brüssel.

II.

Wenn etwas geeignet ist, Achtung vor der deutschen Arbeit zu erwecken, dann ist es das Geschick, womit sie den Anschluß gefunden hat an die Entwicklung des modernen Kunstgewerbes. Die Läuterung des Geschmackes im Kunsthandwerk, die in England aufkam, fand erst über Belgien den Weg nach Deutschland. Anderthalb Jahrzehnte ist es her, daß bei uns die Reform auf diesem Gebiet einsetzte. Was in dieser kurzen Zeit geleistet worden ist, das ist nach der wirtschaftlichen wie nach der künstlerischen Seite hin so ansehnlich, daß Deutschland mit seiner kunstgewerblichen Ausstellung in Brüssel den Wettbewerb mit Ehren besteht — und zwar gilt das nicht nur für den Künstler als Erfinder und Verbreiter der neuen Gedanken und Formen, sondern auch für die Hersteller, besonders die Arbeiter, die hier den höchsten Anforderungen zu genügen hatten. Was die wirtschaftliche Seite anbelangt, so bildet das Kunstgewerbe in seinen verschiedenen Verzweigungen heute schon einen recht gewichtigen Faktor im Erwerbsleben. Es sind nicht nur die Haupt- und Großstädte, wo zahlreiche Hände und Köpfe für das Kunstgewerbe schaffen, auch in zahlreichen Mittel- und Kleinstädten haben sich Werkstätten aufgetan, die Künstlern und Arbeitern Beschäftigung geben. Nicht alles steht auf der Höhe, was an kunstgewerblichen Ideen und Erzeugnissen aus den verschiedenen Kunstzentralen und zahlreichen Werkstätten hervorgeht, aber so vielgestaltig das Streben, so rege der Kampf der Gedanken und Formen auch ist, im allgemeinen kann Deutschland mit Genugtuung zurückblicken auf das, was es in der kurzen Zeit an Neuem und Gutem geschaffen hat. Und nicht zum wenigsten kann an dieser Genugtuung teilnehmen der deutsche Arbeiter. Es mag für den sozial denkenden Beobachter nicht gerade erfreulich sein, daß die künstlerischen Früchte am Baume deutscher Arbeit vorab erst nur für die Reichen wachsen, denn das Kunstgewerbe arbeitet heute noch fast ausschließlich für die Leute mit großer Börse. Es ist deshalb auch vorwiegend Luxusarbeit, was in Brüssel zu sehen ist, und es ist Qualitätsarbeit im höchsten Sinne, was hier geleistet wird. Um so erfreulicher ist es, daß gerade auf diesem Gebiet sich der deutsche Arbeiter so schnell und so erfolgreich zurechtgefunden hat, auf einem Gebiet, das wie das Kunstgewerbe so verschiedenartige Berufe in Anspruch nimmt.

Die Hauptstücke der deutschen Kunstgewerbeausstellung sind im Katalog als „Räume einer vornehmen Wohnung" bezeichnet. Es ist das eine Flucht von einem Dutzend Räume, an deren einzelnen Entwürfen Künstler aus Berlin (vor allem Bruno Paul, der auch die Leitung dieses Teils der deutschen Abteilung hatte), München, Düsseldorf, Karlsruhe, Bremen, Saaleck und Worpswede, und an deren Ausführung fast alle bekannteren Fabriken und Werkstätten für Innenausstattung beteiligt sind. Es ist, wie schon die Katalogbezeichnung besagt, vorwiegend Luxusarbeit, zum Gebrauch für Millionäre bestimmt. Sieht man gewisse Teile dieser „vornehmen Wohnung", zum Beispiel den Baderaum, dann schwindet der ästhetische Genuß vor dem Bedauern mit der Kunst, die sich hergeben muß zur Befriedigung verstiegener Protzengelüste, die die Dinge nur schätzen nach dem Gelde, was sie gekostet haben. Auch die Räume, die als „einfache Wohnung" bezeichnet sind, kommen immer nur noch für Leute in sehr guten Verhältnissen in Betracht. Der kleine Mann und vor allen Dingen der Arbeiter müssen sich mit dem Trost begnügen, daß auch für sie einst die Zeit kommt, wo sie sich ihre Umgebung so gestalten können, daß sie etwas mehr als eine bloße Wohngelegenheit, daß sie eine wirkliche Heimstätte wird.

In der Einleitung, die der deutsche Katalog dem kunstgewerblichen Teil voranschickt, wird hingewiesen auf die Fülle der Arbeit, die dem Kunstgewerbe für die nächsten Jahrzehnte bevorstehe. Zunächst gelte es, ein Heer intelligenter, selbstbewußter Arbeiter zu erziehen. Deutschlands Export auf diesem Gebiet werde nur noch wesentlich Qualitätsware umfassen, die einen geschickten, rassigen Arbeiter voraussetze und die wertschaffende Arbeit enthalte, die die beste und andauerndste Reichtumsquelle sei. Das ist ohne Zweifel richtig und es ist interessant, festzustellen, ob und wieweit sich diese Gedanken durchsetzen auf der sich an das Kunstgewerbe anschließenden deutschen Unterrichtsausstellung. Wenn das Kunstgewerbe — und es trifft auch für andere Berufszweige zu — sich zur Höhe entwickeln soll, dann muß mit der bisherigen Art des Unterrichts, der sich fast ausschließlich auf das Lernen durch Bücher, durch Uebung des Denkens und des Gedächtnisses gründete, gebrochen und zu der Methode übergegangen werden, die den ganzen Menschen umfaßt: die körperlichen Fähigkeiten, die künstlerische Anschauung und Betätigung, sowie die Naturbeobachtung. Und es muß anerkannt werden, daß, wie die deutsche Unterrichtsausstellung zeigt, sich neuerdings auch bei uns die Einsicht geltend macht, daß die Welt doch aus etwas mehr besteht, als aus einem Schulbuch und daß der Mensch doch noch etwas anderes zu pflegen hat als die bloße Hirntätigkeit. Spiel und Sport, Handfertigkeit, Kunsterziehung, Naturlehre — alles das wird, wenn die Verheißungen und Ansätze, die in Brüssel zu sehen sind, zur Erfüllung und zur Reife gelangen, mehr und mehr neben der theoretischen Erziehung sein Recht geltend machen.

Das ist eine für die Kulturentwicklung im allgemeinen und für die Arbeiter im besonderen recht erfreuliche Aussicht, aber es ist auch bis auf weiteres nichts als eine Aussicht, auf deren Erfüllung wir noch recht lange zu warten haben. Was auf diesem Gebiet erreicht worden ist, kommt vorwiegend den höheren Schulen, der Jugend der besitzenden Klasse zugute. Hier ist, um nur eines anzuführen, der biologische Unterricht eingeführt worden, der die Natur auch von ihrer lebendigen Seite, vom Standpunkt der Entwicklungsgeschichte kennen lehrt; den Kindern des arbeitenden Volkes in der „niederen" Schule bleibt die Natur ein Buch mit sieben Siegeln, weil es der Kirche, der Gebieterin über die Volksschule, so gefällt. Und nicht viel anders ist es mit den übrigen Kenntnissen, Fähigkeiten und Betätigungen, die über den Katechismus und die Fibel hinausgehen.

In der deutschen Unterrichtsausstellung sind zwei Schulräume zu sehen, die Bruno Paul (Berlin) entworfen hat: ein Klassenzimmer und ein Zeichensaal. Die beiden Räume unterscheiden sich, abgesehen von der Ausstattung, die der besonderen Zweckbestimmung dient, in nichts voneinander; beide Räume sind gleich zweckmäßig, gleich gediegen und gleich einfach, der Blumenschmuck am Fenster wie der Bilderschmuck an der Wand sind im Aussehen, nicht im Werte verschieden. Und doch ist das Klassenzimmer für eine höhere, der Zeichensaal für eine niedere, das heißt eine Volksschule bestimmt. Es geht also doch, daß die Schulräume so hergerichtet werden, um für den Sohn des Kommerzienrats wie für den Sohn des Tagelöhners geeignet zu sein, weil sie die Forderung erfüllen, daß für die Schuljugend, die „niedere" wie die „höhere", das Beste gerade gut genug ist.

Aber auch diese Aeußerlichkeit ist erst eine Verheißung, wievielmehr alles das, was an Fortschritten auf den vielen anderen Gebieten des Schulwesens in der deutschen Unterrichtsausstellung gezeigt wird. Aber gerade darum ist diese Ausstellung, die das königl. preußische und das königl. sächsische Kultusministerium veranstaltet haben, so lehrreich, weil sie das Urteil herausfordert darüber, was nüchterne, manchmal trostlose Wirklichkeit und was reklamehafte Aufmachung ist. Und der kritische Beobachter zieht aus diesem Teil der deutschen Ausstellung mit besonderem Nutzen die Zuversicht, daß wir es herrlich weit — nicht gebracht haben, sondern bringen werden, wenn es uns gelingt, alles das der Verwirklichung entgegenzuführen, was hier als Verheißung, bestenfalls in vereinzelten schwachen Ansätzen, im allgemeinen aber noch als Zukunftsbild gezeigt wird.

60—65 000 Tonnen veranschlagt werden, der sich auf die einzelnen Gruppen annähernd gleichmäßig verteilt. Können infolge der in der Kabelfabrikation, dem Zweige, in dem die größten Mengen Kupfer verbraucht werden, üblichen Bestimmungen aus den Preisschwankungen des Rohmaterials weder größere Gewinne noch Verluste für die Hersteller resultieren, so darf man überhaupt annehmen, daß das jeweilige Preisniveau des Kupfers auf die Rentabilität in der Elektrizitätsindustrie nicht von ausschlaggebendem Einfluß ist, wenngleich es einen Faktor bildet, der immerhin, direkt und indirekt, nicht ganz außer Betracht bleiben kann."

Ueber die weitere Entwicklung der Dinge im ersten Quartal des laufenden Jahres werden wir berichten, sobald verläßliche Zahlen über die Kupferproduktion, den Verbrauch und die Ein- und Ausfuhr vorhanden sind.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

III.

An den Bestimmungen im letzten Teile des ersten Buchs hat die Kommission einige nicht unwesentliche Aenderungen vorgenommen. Nach der Vorlage sollte der „erweiterte Senat" des Reichsversicherungsamts, der in dem neuen Gesetz den Namen „Der Große Senat" führt, in seiner Zusammensetzung verändert werden. Bisher bestand der „erweiterte Senat" aus dem Präsidenten oder seinem Stellvertreter, 2 vom Bundesrat gewählten Mitgliedern, 2 ständigen Mitgliedern, 2 richterlichen Beamten und je 2 Vertretern der Unternehmer und Arbeiter. Nach der Vorlage sollten außer dem Präsidenten und seinem Stellvertreter, sowie den 2 vom Bundesrat gewählten Mitgliedern nur noch je ein selbständiges Mitglied, ein richterlicher Beamter und je ein Vertreter der Unternehmer und Arbeiter den Großen Senat bilden. Der Große Senat hat die Aufgabe, verschiedene Rechtsauslegungen der einzelnen Senate zu klären und eine für alle Senate maßgebende Entscheidung herbeizuführen. Er ist also von großer Bedeutung. Aus diesem Grunde forderten die Sozialdemokraten, daß die frühere Besetzung des erweiterten Senats wiederhergestellt werde, und der Antrag wurde auch einstimmig angenommen.

Ferner wurden die Landesversicherungsämter beseitigt. Diese hatten für einzelne Bundesstaaten unter bestimmten Umständen die höchste Instanz zu bilden an Stelle des Reichsversicherungsamts. Nach der Vorlage sollten die Aufgaben der Landesversicherungsämter bedeutend erweitert werden. Es stand daher zu befürchten, daß durch die Landesversicherungsämter die Einheit der Rechtsprechung auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung gestört werde. Aus diesem Grunde zog es die Kommission vor, die Landesversicherungsämter ganz zu beseitigen.

Die öffentlichen Behörden sollen verpflichtet sein, bei dem Vollzug der Arbeiterversicherungsgesetze den an sie ergehenden Ersuchen der Versicherungs- und anderer öffentlichen Behörden, sowie der Organe der Versicherungsträger zu entsprechen, besonders vollstreckbare Entscheidungen zu vollstrecken. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß es bisher zweifelhaft gewesen sei, ob auch die Gerichte in derartigen Fällen Zeugen eidlich zu vernehmen haben. Im Interesse der Arbeiter aber sei es zu wünschen, daß die Beweiserhebungen, namentlich der Berufsgenossenschaften, auch gründlich erfolgen und die dabei zu hörenden Zeugen eidlich vernommen werden. Sie beantragten daher, daß der Bestimmung hinzugefügt werde, die Gerichte seien auch verpflichtet, auf Ersuchen Zeugen eidlich zu vernehmen. Dieser Antrag wurde mit der Erweiterung angenommen, daß dies auch für die Vernehmung von Sachverständigen gelte.

Zu der Zahnbehandlung der Versicherten sollten nach dem Entwurf in der Regel nur approbierte Zahnärzte zugelassen werden. Da aber die Zahl dieser Zahnärzte viel zu gering ist, als daß sie überall den Bedürfnissen entsprechen, so war für die Orte, in denen ein Mangel an Zahnärzten besteht, auch die Behandlung durch Zahntechniker vorgesehen. Die oberste Verwaltungsbehörde sollte hierüber Bestimmungen erlassen. Nach dem bisherigen Gesetz war es den Krankenkassen und andern Versicherungsträgern überlassen, ob und wie weit sie auch die Zahntechniker zu der Behandlung der Versicherten zuließen. Hieraus haben sich Mißstände ergeben. Aus diesem Grunde beantragten die Sozialdemokraten, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen und den Versicherungsträgern anheimzustellen, die Behandlung entweder approbierten Zahnärzten oder solchen Zahntechnikern zu übertragen, die ihnen die Gewähr genügender Sachkunde bieten. Ausgenommen sollte nur die Behandlung der Mund- und Kieferkrankheiten sein, die unter allen Umständen nur den Zahnärzten zustehen solle. Leider schloß sich die Mehrheit der Kommission nicht ganz diesem Antrag an, sondern stimmte einem Vermittlungsantrag des Zentrums zu, nach dem zwar ebenfalls die Zulassung von Zahntechnikern im allgemeinen freigegeben, jedoch der obersten Verwaltungsbehörde die Befugnis erteilt wird, zu bestimmen, welche Zahntechniker für die Behandlung in Betracht kommen.

Wenn ein Versicherter durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, eine gesetzliche Frist im Verfahren einzuhalten, so wird ihm auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt. Diese Wiedereinsetzung soll auch dann zulässig sein, wenn ein verspätet eingelaufenes Schreiben mindestens drei Tage vor Ablauf der Frist der Post zur Bestellung übergeben worden ist. Jedoch mußte dann die Wiedereinsetzung binnen einem Monat beantragt werden. Hierdurch hätte es geschehen können, daß der Versicherte nach Ablauf eines Monats erst von dem verspäteten Einlaufen eines Briefes Kenntnis erhält. Dann wäre er nicht mehr in der Lage gewesen, die Wiedereinsetzung in den früheren Stand zu beantragen. Aus diesem Grunde wurde auf Antrag der Sozialdemokraten der Zusatz beschlossen: Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem der Beteiligte Kenntnis davon erhält, daß er die Frist versäumt hat.

Wenn ein Versicherter nicht im Inland wohnt, so hat er auf Verlangen einen Bevollmächtigten zu benennen, der die amtlichen Zustellungen in Empfang nimmt. Ist aber der Aufenthalt eines Versicherten unbekannt oder wird der Zustellungsbevollmächtigte nicht in der gesetzlichen Frist benannt, so kann die Zustellung durch einwöchentlichen Aushang in den Geschäftsräumen der Behörde ersetzt werden. Hierbei wurde auf Antrag der Sozialdemokraten einmal zunächst festgestellt, daß die Berufsgenossenschaften u. s. w. selbstverständlich verpflichtet seien, zunächst alles zu tun, um den Aufenthalt des Versicherten zu ermitteln. Ferner wurde auf Antrag der Sozialdemokraten dem Gesetz zugefügt, daß die vorgeschriebene Frist unter keinen Umständen kürzer als einen Monat sein darf.

Für eine Reihe von Entscheidungen auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetze ist der sogenannte Ortslohn maßgebend. Als Ortslohn soll der ortsübliche Tageslohnentgelt gewöhnlicher Tagesarbeiter gelten. Er wird durch das Oberversicherungsamt auf Grund der Angaben der Gemeindebehörden, Krankenversicherung und Versicherungsämter festgesetzt u. s. w. für Männer und Frauen in zwei Altersstufen, bis zu 16 und über 16 Jahre. Da in der zweiten Gruppe über 16 Jahre alle die Arbeiter und Arbeiterinnen enthalten sind, die erst wenig über 16 Jahre alt sind und deshalb nur einen geringen Lohn beziehen, so ergab sich für die 2. Klasse ein so geringer Lohn, daß er beträchtlich hinter dem Lohn zurückblieb, den der verheiratete Arbeiter der betreffenden Art in den meisten Fällen verdient. Um diesen Mißstand zu beseitigen, beantragten die Sozialdemokraten, daß der Ortslohn für drei Altersgruppen festgestellt werde, für 14 bis 16 Jahre, von 16 bis 20 und von 20 bis 21 Jahre. Der Antrag wurde mit der vom Zentrum eingebrachten Aenderung angenommen, daß für die Trennung der zweiten und dritten Klasse nicht das 20., sondern das 21. Lebensjahr maßgebend sein soll.

Nachdem das erste Buch durchberaten war, wendete sich die Kommission nicht, wie sie es ursprünglich beschlossen hatte, dem letzten Buch zu, sondern trat in die Beratung des zweiten Buches ein, das von der Krankenversicherung handelt. Hier schlägt der Entwurf vor, die Krankenversicherung auf alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen auszudehnen. Jedoch bestand eine Lücke insoweit, als die Lehrlinge, deren Entgelt nur in der Lehre besteht, nicht versicherungspflichtig sein sollen. Einem Antrag der Sozialdemokraten gemäß wurde die Versicherungspflicht auch auf diese Lehrlinge ausgedehnt.

Außerdem sollten, wie bisher, nur die Angestellten versicherungspflichtig sein, deren Jahresgehalt nicht höher als 2000 M. ist. Da bereits im Jahre 1899 bei der Unfallversicherung die Versicherungspflicht auf alle Angestellten mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 M. ausgedehnt worden war, seitdem aber namentlich durch die Verteuerung der Lebenshaltung die Verhältnisse eine bedeutend weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht notwendig gemacht wird, schlugen die Sozialdemokraten vor, daß versicherungspflichtig alle Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 5000 M. sein sollen. Das Zentrum wollte den Kreis der versicherten Angestellten auf die beschränken, die ein Jahreseinkommen bis zu 3000 M. haben. Beide Anträge wurden aber abgelehnt und ein nationalliberaler Antrag angenommen, der für versicherungspflichtig die Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 2500 M. erklärt.

Befreit von der Versicherungspflicht sollten unter anderm zwei Gruppen von Arbeitern sein: 1. die Arbeiter, die nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig sind, solange der vorläufig versicherungspflichtige Armenverband damit einverstanden ist und 2. die Arbeiter, die bei Erkrankung an ihre Unternehmer einen Anspruch auf eine den Leistungen der zuständigen Krankenkassen gleichwertige Unterstützung haben, wenn der Unternehmer die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt und seine Leistungsfähigkeit sicher ist. Die Sozialdemokraten erhoben gegen diese beiden Ausnahmebestimmungen Einspruch, da sie sich in der Praxis als ein Mittel zur schweren Schädigung von Arbeitern bewährt haben. Die erste Ausnahme wurde aber von der Kommission mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen. Bezüglich der zweiten Ausnahme gab der Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministeriums die Erklärung ab, daß diese Bestimmung für die Durchführung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung unerläßlich sei. Denn in Preußen sei beabsichtigt, die bisher vorzügliche Krankenfürsorge der Großgrundbesitzer auf Grund dieser Ausnahmebestimmungen auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten. Die Sozialdemokraten protestierten gegen eine solche Durchführung der Krankenversicherung, die auf eine Komödie herauskommen würde. Nach längerer Debatte wurde denn auch gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen und der beiden Zentrumsabgeordneten Hitze und Trimborn die Ausnahmebestimmung gestrichen, obgleich die Konservativen die Erklärung abgegeben hatten, daß sie gegen das ganze Gesetz stimmen würden, wenn diese Bestimmung fallen sollte.

Die Beratung des zweiten Buches wird fortgesetzt.

12. Verbandstag Deutscher Klempner- und Installateurinnungen.

In den Tagen vom 4. bis 7. Juni hat in Stuttgart der 12. Verbandstag der Klempner- und Installateurinnungen stattgefunden, der durch seinen Verlauf unser besonderes Interesse verdient. Nach dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses sind dem Verband in den letzten zwei Jahren die Innung für das Herzogtum Gotha, die Innungen zu Nürnberg, Liegnitz, Eilenburg und die zu der Metallarbeiterinnung Ilmenau gehörenden Klempnermeister, sowie zahlreiche Einzelmitglieder beigetreten. Die Mitgliederzahl des Verbandes für 1909 ist dem Bericht nicht zu entnehmen (im Jahre 1908 betrug sie 5350). Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug Ende April 1910 rund 72 500 M. Der Reservefonds der Sterbekasse ist auf 35 200 M. angewachsen, an Sterbegeldern wurden in den Jahren 1908/09 4647 M. ausbezahlt. Auf dem letzten Verbandstag in Hildesheim hat der Vorstand des Verbandes den Auftrag erhalten, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine Schutzgemeinschaft zur Streikabwehr einzuführen. Da jedoch trotz größter Anstrengungen die zum Zustandekommen einer solchen Einrichtung erforderliche Lohnsumme nicht gezeichnet worden ist, hat der geschäftsführende Ausschuß von einer Gründung der Schutzgemeinschaft abgesehen. Unter Hinweis auf die Fortschritte der Arbeiterorganisationen und die Versuche, „die Unternehmer zurückzudrängen", erachtet es aber der Vorstand der Innung für seine Pflicht, immer wieder darauf hinzuarbeiten, in einer straffen Organisation der Unternehmer „unberechtigten Forderungen der Arbeiter eine Schranke entgegenzustellen". Der Bericht macht die Meister graulich mit dem Hinweis, daß die Arbeiterorganisationen darauf hinarbeiten, ihre Macht stetig zu vergrößern und daß sie sich mit jeder Tariferneuerung neue Vorteile erobern, so daß die Stellung der Meister immer mehr geschwächt wird.

Der Notschrei des geschäftsführenden Ausschusses hat denn auch die Innungen auf den Plan gerufen und dem Verbandstag lagen eine Reihe von Anträgen zu der Sache vor. Die Tagesordnung enthielt unter anderm einen Antrag der Bremer Klempnerinnung, die Verhandlungen über Gründung einer Schutzgemeinschaft zur Streikabwehr wieder aufzunehmen und einen Antrag des Verbandes der Flaschner- und Installateurmeister Württembergs, der Verband wolle, sofern eine Schutzgemeinschaft nicht zu erreichen ist, Anschluß an einen größeren und leistungsfähigen Unternehmerverband suchen, zum Beispiel an den Verband deutscher Metallindustrieller. Die Württemberger beantragten außerdem, daß in der Folge die Tarifabschlüsse in deutschen Städten gleichzeitig erfolgen und die Tarifabläufe möglichst gleichzeitig gelegt werden. Ein Antrag der Berliner Klempnerinnung ging dahin, daß in die Tarifverträge eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach Schiedssprüche des Einigungsamts der Gewerbegerichte unbedingt für Unternehmer und Arbeiter bindend sein sollen. Weitere Anträge behandelten das Submissionswesen und den § 100q der Gewerbeordnung. Ein Antrag verlangte eine Werbebroschüre, in der die Richtung, Zwecke und Ziele des Verbandes dargelegt sind. Diese Broschüre soll namentlich bei Ablegung der Meisterprüfung in der Handwerkskammer an die Meisterkandidaten des Gewerbes zur Verteilung kommen.

Die Frage der Gründung einer Schutzgemeinschaft zur Streikabwehr wurde vom Vorsitzenden und den zu der Sache sprechenden Rednern als der wichtigste Punkt der Tagesordnung bezeichnet. Zur Begründung des Antrags der Bremer Klempnerinnung trat Hartmann (Bremen) für eine eigene Schutzgemeinschaft ein, zu der nur minimale Leistungen verlangt werden sollen, wofür eine Unterstützung nur gegeben wird, wenn die Existenz der Meister direkt bedroht ist. Der Vorstand der geplanten Schutzgemeinschaft habe sein erstes Augenmerk darauf zu richten, daß abzuschließende Verträge mit den Arbeitern alle an einem bestimmten Tage ablaufen und daß die bestehenden Verträge dementsprechende Aenderungen erfahren. Ferner will er den örtlichen Innungen nur Verhandlungsrecht zugestehen, die Unterzeichnung der Verträge soll von Verband zu Verband erfolgen. Forderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der ja allein in Frage komme, sollen zunächst dem Vorstand der Schutzgemeinschaft unterbreitet werden. Bei scharfer Handhabung wäre auf einen Schlag das Ideal von Ruhe und Frieden im Gewerbe erreicht.

Ingenieur Morgenstern (Stuttgart) begründete den Antrag des Verbandes der Flaschner und Installateure Württembergs. Er hält eine eigene Schutzgemeinschaft nicht für lebensfähig, namentlich, wenn der Beitritt für sämtliche Mitglieder nicht obligatorisch sei. Er plädierte für Anschluß an die Streikentschädigungsgesellschaft der Metallindustriellen Berlins. Besser als eine notdürftige Unterstützung sei eine Unterstützung nach einem festen Tarif, in erster Linie sei doch der Schaden zu berücksichtigen, den der einzelne habe und der bei kleinen Meistern größer sei als bei großen Firmen. Die Berliner Streikentschädigungsgesellschaft bezahle bei 1 bis 10 beschäftigten Arbeitern 50 Prozent, bei 10 bis 20 beschäftigten Arbeitern 49 Prozent, bei 20 bis 50 beschäftigten Arbeitern 48 Prozent der angemeldeten Lohnsumme an Unterstützung. Bei diesen Zahlen könnten die Arbeiter das ganze Jahr streiken und die Meister machten ein gutes Geschäft. Redner schilderte dann eingehend seine Erlebnisse anläßlich der Tarifbewegung in Stuttgart. Er habe den Herren vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einfach erklärt, er nehme den Tarif nicht an und er habe das sehr gut gekonnt, weil er den württembergischen Metallindustriellenverband hinter sich hatte und Streikentschädigung erhielt. Die Praktik der Sozialdemokratie bei Streiks gehe dahin, die Leute wegzuschaffen. Er schilderte einen Fall, in dem ein Arbeiter von ihm gebeten hatte, auf Montage nach Frankenthal zu dürfen ohne Entschädigung, er habe Reisegeld vom Verband nach Hannover. Seine Ausführungen gipfelten in den Anträgen:

1. einen Schutzverband zur moralischen Unterstützung der Mitglieder einzuführen, die sich verpflichten müßten, keine Arbeiter mehr einzustellen, die von Streikorten kommen;
2. sich der Gesellschaft der Metallindustriellen zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen anzuschließen;
3. sich dem Metallindustriellenverband überhaupt anzugliedern;
4. zu beschließen, daß Tarife in allen Gegenden Deutschlands zu gleicher Zeit ablaufen;
5. zu beschließen, daß im Zentralsitz alle Tarife abgeschlossen werden.

Nur eine Zentralstelle sei imstande, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ruhig und machtvoll entgegenzutreten, die Meister gegen Gewalt zu schützen und dafür zu sorgen, daß sie Herr im eigenen Hause bleiben. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Majunke (Hannover) fürchtet bei einem Beitritt zum Metallindustriellenverband, daß die kleinen Kollegen nicht mitmachen.

Ein Delegierter aus Geestemünde vertrat den Standpunkt, überhaupt keine Verträge mit den Arbeitern abzuschließen. Er sei für einen Zusammenschluß sämtlicher Unternehmer im Baugewerbe. Nicht allein Streiks gelte es abzuwehren, die größte Macht liege in den Arbeitsnachweisen, diese müßten die Unternehmer in die Hände bekommen, dadurch seien die Krakeeler und Führer der Arbeiter kaltzustellen.

Ein Delegierter aus Leipzig will die Frage nur im Prinzip entscheiden und es dem geschäftsführenden Ausschuß überlassen, in welcher Form die Sache entschieden werden soll.

Berger (Obermeister der Berliner Klempnerinnung) schilderte die ungeheuren Schwierigkeiten, die einem Zusammenschluß der Meister in Berlin im Wege stehen. Es sind mehr Außenstehende als Innungsmitglieder vorhanden; erstere fischen bei jeder Bewegung im trüben, unterschreiben die Tarife und stehen sich dann gegenüber den Innungsmitgliedern weit besser. Einen korporativen Beitritt der Innungen zu der Streikschutzgemeinschaft hält Redner nicht für angängig, er ist dafür, daß der Verband deutscher Klempner- und Installateurinnungen dem Metallindustriellenverband als Unterverband beitritt. Wenn auch die zwei Millionen Kassenbestand, die der Metallindustriellenverband haben solle, vorläufig nur auf dem Papier stehen, habe man doch dort einen festen Hinterhalt.

Thomas (Danzig) schilderte den Danziger Klempnerstreik vom vorigen Jahre, er ist damit einverstanden, daß Tarife auf einen Tag ablaufen, den Anschluß an die Streikschutzgemeinschaft will er den einzelnen Innungen überlassen.

Rechtsanwalt Blaschkauer (Berlin), der Syndikus des Verbandes, kombiniert die verschiedenen zum Ausdruck gekommenen Ideen in folgenden Sätzen:

1. die Tarife sollen ein einheitliches Ende haben;
2. die Innungen sollen sich korporativ an die Schutzgemeinschaft anschließen;
3. den Innungen soll empfohlen werden, sich dem Metallindustriellenverband anzuschließen;
4. die lokalen Verbände sollen Fühlung mit den Bauarbeitgeberverbänden suchen.

Plathe (Hannover) schilderte die Verhältnisse in Hannover, dort sei Groß und Klein im Arbeitgeberverband stramm organisiert, man verlasse sich auf sich selbst und fahre gut dabei.

Vötter (Stuttgart) will einen Streik wie den letzten nicht oft erleben, nur durch eine Schutzgemeinschaft sei es aber möglich, dem auszuweichen. Ein Hauptmoment sei, daß die Tarife überall gleichzeitig ablaufen, dann werde sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband sehr besinnen, einen Kampf aufzunehmen.

Tuch jr. (Leipzig) geht auf die Ausführungen des Rechtsanwalts Blaschkauer ein und stellt den Antrag:

1. der Verband soll korporativ alle Mitglieder mit ihrer Lohnsumme beim Metallindustriellenverband anmelden;
2. der Verband soll eine Zentralstelle bilden und Verhandlungen künftig nur noch von Verband zu Verband pflegen.

Die Agitatoren des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seien zu Verhandlungen viel geschickter und außerdem müsse sich der Verband bei seiner jetzigen Stellung im Wirtschaftsleben sehr in acht nehmen, etwa gegebene Versprechungen nicht einzuhalten, geschehe es trotzdem, könne er moralisch zunichte gemacht werden.

Hierauf wurde beschlossen, daß Tuch jr. (Leipzig), Morgenstern (Stuttgart) und Rechtsanwalt Blaschkauer die gestellten Anträge genau formulieren sollen. Nachdem das geschehen, wurden einstimmig und unter lebhaftem Beifall der Versammlung folgende Anträge angenommen:

1. der Verband beschließt, zur Unterstützung seiner Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen seinen Vorstand als Zentralstelle zu erklären;
2. der Verband beschließt ferner, um seinen Mitgliedern eine pekuniäre Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen zu ermöglichen, der Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen beizutreten, ohne jedoch wegen dieses Anschlusses einen Zwang auf die Mitglieder auszuüben;
3. der Verband beschließt, den lokalen Organisationen bei Abschluß von Tarifverträgen einen für das ganze Reich zeitlich gleichmäßigen Ablauftermin vorzuschreiben.

Darauf kam der Antrag der Berliner Klempnerinnung zur Verhandlung. Rechtsanwalt Blaschkauer führte aus, daß die §§ 71 und 72 des Gewerbegerichtsgesetzes in der Praxis zu unangenehmen Folgen geführt haben. Wenn ein Schiedsspruch des Gewerbegerichts vorliege, sollte von vornherein feststehen, daß sich beide Teile diesem Schiedsspruch unterwerfen müssen. In Berlin sei es schon einigemal vorgekommen, daß die Arbeiter einen Schiedsspruch glatt abgelehnt hätten, wenn er für sie ungünstig war. So sei es zum Beispiel im Jahre 1909 unter seiner Mithilfe geglückt, durch Schiedsspruch einen außerordentlich günstigen Vertrag abzuschließen, aber die Arbeiter hätten darauf einfach erklärt, wir erkennen den Schiedsspruch nicht an. (Die bösen Kerle! Red.) Das sei ein unwürdiger (!) Zustand, es müsse daher in alle Tarife die Bestimmung kommen, daß Schiedssprüche für beide Teile bindend sind. Wenn dann wieder ein Fall eintreie, daß die Arbeiter einen Schiedsspruch nicht annehmen wollten, könne man ihnen Vertrags- und Tarifbruch und unmoralisches Verhalten vorwerfen, ja man könne sogar den Prozeßweg beschreiten, um festzustellen, daß sie zur Zustimmung verpflichtet sind. Die Arbeiter würden sich aber auf alle Fälle besinnen, Schiedssprüche abzulehnen, wenn eine solche Bestimmung im Tarif stehe. Er sei dafür, daß ein Zentralschiedsgericht eingesetzt werde, das in Streitfragen endgültig entscheidet. Man könne dann den Arbeitern entgegenhalten, daß ihre Zentralstelle uns recht gegeben.

König (Breslau) war mit der Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Tarife nicht einverstanden. Die Schiedsgerichte hätten meistens zugunsten der Arbeiter entschieden und dann seien die Meister gleichfalls gezwungen, den Tarif anzuerkennen.

Majunke (Hannover) machte einige unklare Ausführungen, die darin gipfelten, daß die Meister „Männer" seien, ob die andern (!)

es seien, sei eine unbeantwortete Frage. Er sei gegen die Aufnahme der beantragten Bestimmung.

Bartschack (Königsberg) beantragte, statt „zur Pflicht zu machen" zu setzen: „empfehlen", mit dieser Aenderung würde er dem Antrag zustimmen.

Olscher (Dresden) und ein weiterer Redner berichteten über angeblich schlechte Erfahrungen mit den Gewerbegerichten und sie erklärten sich deshalb gegen den Antrag.

Berger (Berlin) führte zur weiteren Begründung des Antrags partielle Streiks ins Feld, die dazu führen könnten, daß sich die Unternehmer einem Schiedsspruch unterwerfen müßten. In Berlin erwarte man mit dem Anziehen der Konjunktur einen Streik, man sei keinen Tag sicher. Für solche Fälle wäre eine tarifliche Bestimmung der gewünschten Art von großem Wert.

Hartmann (Bremen) erklärt sich gegen den Antrag, man könne den Deutschen Metallarbeiter-Verband auch gar nicht dazu zwingen.

Für den Antrag wurden 66, dagegen 97 Stimmen abgegeben, er war also abgelehnt.

Tuch jun. (Leipzig) referierte darauf über den Antrag: der Verband möge Beschluß fassen über eine an den Reichstag zu richtende Petition um Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung (Verbot der Preisfestsetzung durch Zwangsinnungen). Mit dem Zusatz, daß auch an die verbündeten Regierungen eine Petition gerichtet werden soll, wurde der Antrag ohne Debatte angenommen.

Über den Antrag der Klempnerinnung Berlin: „Der Verbandstag wolle beschließen, die staatlichen und städtischen Behörden zu ersuchen, anzuordnen, daß bei Submissionen: a) nicht unbedingt dem Mindestfordernden der Zuschlag zu erteilen ist; b) vor Erteilung des Zuschlags gerichtliche Sachverständige darüber zu hören sind, welche Angebote etwa derartig niedrig sind, daß dafür eine brauchbare, sachgemäße und reelle Arbeit nicht geliefert werden kann und demgemäß diese zu niedrigen Angebote von dem Zuschlag auszuschließen; c) vorzugsweise die Innungen und Vereinigungen genossenschaftlicher Art zur Abgabe von Angeboten aufzufordern sind" — berichteten Obermeister Berger (Berlin) und der Verbandssyndikus Rechtsanwalt Blaschkauer. Es wurde von den Referenten hervorgehoben, die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die berechtigten Wünsche des Handwerks in der vorliegenden Frage noch nicht berücksichtigt seien; man müsse deshalb immer wieder an die Behörden herantreten. Eine geradezu sinnlose Preisdrückerei habe Platz gegriffen, so daß der reelle Handwerker fast ausgeschlossen sei. Unter anderm wurde festgestellt, daß die Angebote bis zu 35 Prozent unter die Selbstkostenpreise herabgehen. Abgesehen von den gewohnheitsmäßigen Preisdrückern hätten leider auch große Firmen sich in Zeiten flauen Geschäftsganges an solchen Abgeboten beteiligt. Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Im Verlauf der weiteren Verhandlungen erstattete der Vorstand Bericht über Unterhandlungen mit dem Großhändlerverband der Wasserleitungsbranche behufs günstiger Lieferungsbedingungen. Die Verhandlungen seien bis jetzt an dem Widerstand einiger Großhändlerfirmen gescheitert. Der Verbandstag beschloß, nochmals Verhandlungen anzubahnen und wenn diese innerhalb zwei Monaten zu keinem günstigen Resultat führten, eigene Verkaufs- und Musterlager in den größeren Städten Deutschlands einzurichten.

Ein Antrag Breslau will die Gründung einer Dachschäden-Versicherungsgesellschaft, A.-G., auf Grundlage der Glasversicherungsgesellschaft Harmonia, um den privaten Dachschäden-Reparaturgesellschaften Konkurrenz zu machen. Der Antrag wurde dem Ausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen.

Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurde, da der bisherige Vorsitzende Tuch sen. (Leipzig) eine Wiederwahl ablehnte, Tuch jun. (Leipzig) zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Tuch sen. wurde in Anbetracht seiner 30jährigen dem Verband geleisteten Dienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In den geschäftsführenden Ausschuß wurden gewählt: Rudolf Wilhelmi (Leipzig), Otto Wagner (Leipzig), Adolf Schütz (Leipzig), Max Werner (Leipzig), Richard Berger (Berlin), Otto Bötter (Stuttgart). Als weitere Vorstandsmitglieder werden gewählt: Bartschack (Königsberg), Plathe (Hannover), Lange (Dresden), Walzemann (Bremen), Schöneberg (Witten), Schneider (München), Wild (Magdeburg), Schön (Breslau), Orelli (Nürnberg), Knobbe (Kiel), Wunder (Mannheim), Heim (Ludwigshafen), letzterer als Vorsitzender des Süddeutschen Verbandes.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag der Klempnerinnung Bremen angenommen, nach dem das Verbandsorgan, die Illustrierte Zeitung für Blechindustrie, neben dem fachlichen Teil eine ständige Rubrik bringen solle, in der die Vorgänge in den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen behandelt werden. Ferner wurde dem Verbandssekretär anheimgegeben, die Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsbewegung genau zu verfolgen. Als Ort des nächsten, im Jahre 1912 stattfindenden Verbandstages wurde Bremen bestimmt.

* * *

Der Verband deutscher Klempner- und Installateurinnungen ist, wie sich aus vorstehendem ergibt, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Scharfmacher übergegangen. Ob das von Nutzen für die Herren Klempnermeister ist, wird die Zeit lehren. Die Weltgeschichte zeigt, daß noch jederzeit die Kleinen von den Großen „aufgefressen" worden sind; es ist nicht anzunehmen, daß es in diesem Falle anders gehen wird. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sieht den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen, denn man kann ihn nicht zwingen, etwas zu tun, was er nicht tun will. Der Delegierte der Bremer Klempnerinnung scheint der einzige zu sein, der das eingesehen hat, die andern Delegierten oder doch mindestens die Vorsitzer „fühlten" sich derart, daß ihnen der Gedanke gar nicht gekommen zu sein scheint, zu taktischen Abmachungen gehörten zwei Parteien, und daß all ihre schönen Projekte wie ein Kartenhaus zusammenfallen, wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband erklärt: Wir verzichten!

Für die Klempner- und Installateurgehilfen ist die Tagung ihrer Meister jedoch eine ernste Mahnung, ihre Pflicht im Deutschen Metallarbeiter-Verband immer mehr zu stärken. Mit dem Hinweis auf die Fortschritte der Arbeiterorganisation haben es die Scharfmacher im Klempnergewerbe fertiggebracht, den Anschluß an die Metallindustriellen zu vollziehen; die Klempnergehilfen haben durch Kräftigung ihrer Organisation dafür Sorge zu tragen, daß ihnen keine Nachteile aus den Maßnahmen im Meisterlager entstehen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 19. Juni der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Juni 1910 fällig ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

der Verwaltungsstelle **Braunschweig** 5 ₰ pro Woche,
" " **Eßlingen a. N.** 5 ₰ " " vom 1. Juli an,
" " **Remscheid** 30 ₰ pro Woche.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter:

der Verwaltungsstelle **Ansbach** 15 ₰ pro Woche,
" " **Artern** 25 ₰ " " (auf 2 Wochen),
" " **Bant** 25 ₰ " "
" " **Bitterfeld** 10 ₰ " "
" " **Brandenburg** 15 ₰ " " f. männl. Mitgl.,
" " **Celle** 5 ₰ " "
" " **Elsterwerda** 20 ₰ " "
" " **Feuerbach** 10 ₰ " "
" " **Gießen** 10 ₰ " " (auf 4 Wochen),
" " **Gotha** 25 ₰ " "
" " **Großeuhain** 10 ₰ " " für männliche u. 5 ₰ pro Woche für jugendliche Mitglieder,
" " **Kirchheim u. T.** 20 ₰ pro Woche,
" " **Kornwestheim** 20 ₰ " "
" " **Lüneburg** 10 ₰ " "
" " **Markranstädt** 55 ₰ " "
" " **Mülhausen i. E.** 15 ₰ " "
" " **Naumburg** 20 ₰ " "
" " **Nowawes** 10 ₰ " "
" " **Oschersleben** 10 ₰ " "
" " **Stuttgart** 20 ₰ " "
" " **Vegesack** 25 ₰ " "
" " **Warstein** 25 ₰ " " (auf 2 Wochen).

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Berichtigt wird, daß **Göttingen** nicht 1 ℳ, sondern 35 ₰ Extrabeitrag erhebt.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hannover:**

Der Schlosser F. Kuhlmann, geb. am 10. Februar 1890 zu Grasdorf, Lit. A. Buch-Nr. 349407, wegen betrügerischen Manipulationen. Das Mitgliedsbuch des K. ist anzuhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Nürnberg:**

Der Schlosser Max Dressel, geb. am 5. Mai 1890 zu Neurith, Lit. A. Buch-Nr. 522637, wegen betrügerischen Manipulationen.

* * *

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in **Zeulenroda:**

Der Former Franz Hussock, geb. am 21. Dez. 1880 zu Kottbus Lit. A. Buch-Nr. 272641, wegen Vertrauensbruch.

* * *

Anzuhalten und dem Vorstand einzusenden

ist Lit. A. Buch-Nr. 453561, lautend auf den Former Karl Sturm, geb. am 1. Oktober 1867 zu Sebnitz (Lugau).

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Berlin:**

Der Metallarbeiter Hugo Zehner, geb. am 13. November 1882 zu Suhl, Buch-Nr. 642744, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Merseburg:**

Der Dreher Paul Wernicke, geb. am 3. Februar 1887 zu Landsberg a. W., Buch-Nr. 728262, wegen unkolleg. Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Nürnberg:**

der Kesselschmied Hubert Eßl, geb. am 22. Februar 1879 zu Gössenheim, Buch-Nr. 728622;

der Kesselschmied Leonh. Heidner, geb. am 9. November 1879 zu Nürnberg, Buch-Nr. 335544, beide wegen unkolleg. Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Osterholz-Scharmbeck:**

Der Dreher Karl Gmeiner, geb. am 27. November 1888 zu Laibach, Lit. A. Buch-Nr. 431396, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Saalfeld:**

Der Schlosser Philipp Pfeiffer, geb. am 31. Juli 1887 zu Wiesbaden, Schweiz. Buch-Nr. 58613, wegen betrügerischer Manipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Wittenberg:**

Der Klempner Karl Schneider, geb. am 2. November 1891 zu Belbert, Lit. A. Buch-Nr. 399251, wegen betrüg. Manipulationen mit Beitragsmarken.

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16 a" zu adressieren. Geldsendungen adressiere man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung.

In der Zeit vom 6. bis 11. Juni gingen bei der Hauptkasse für die ausgesperrten Bauarbeiter folgende Beträge ein:

Von Altenburg 1000 ℳ. Altwasser 150. Aschaffenburg 30. Augustfehn 50. Bamberg 42,30. Barmen 1000. Barth 20. Bergedorf 400. Berlin 10 000. Bissingen-Bietigheim 40,40. Blankenburg 14,60. Bonn 40. Borna 50. Braunschweig 800. Bremen 2400. Bremerhaven 1000. Breslau 250. Celle 100. Darmstadt 300. Dresden 5000. Duisburg 188,70. Elbing 200. Erbach 30. Eßlingen 200. Finsterwalde 107,30. Forchheim 8. Forst 24,50. Frankfurt a. M. 3384,53. Freiburg i. Schl. 78,40. Geesthacht 50. Glauchau 82,30. Gotha 148,50. Greitzsch 100. Groß-Schönau 53,50. Grünau 100. Hagen 151,50. Halle 500. Hamm 100. Hanau 671,37. Harburg 400. Heilbronn 120. Helmstedt 60. Hohenstein-Ernsthal 20. Ichtershausen 71,75. Iserlohn 247. Jena 800. Karlsruhe 300. Kelsterbach 25. Köln 1200. Kornwestheim 79,40. Köthen 50. Krefeld 200. Lauf 12,50. Liegnitz 130. Luckenwalde 100. Lübeck 600. Mannheim 1000. Mülhausen i. E. 100. Neumarkt 29,60. Oranienburg 14,50. Pforzheim 664,50. Pries 270. Ravensburg-Weingarten 100. Rendsburg 90. Roth a. S. 33,25. Saarbrücken 50. Sangerhausen 108,55. Sömmerda 28. Sorau 30. Schleswig 20. Schmalkalden 70. Schmölln 50. Schraunberg 111,55. Schweidnitz 150. Schweinfurt 200. Schwintochlowitz 20. Striegau 25. Stuttgart 615,60 (laufende Zellensammlung von Werner & Pfleiderer mit 23,61). Uedermünde 8,90. Vegesack 250. Velbert 500. Weißenfels 40,25. Wriezen 5,95. Zossen 32,10. Durch A. Bömaler (Neuburg b. W.) 3,40. Summa 37 902,70 ℳ. In voriger Nummer quittiert 48 369,59 ℳ. Gesamtsumme 86 272,29 ℳ.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Bauschlossern** nach **München**, L.;
von **Drahtwebern** nach **Ragnhn i. Anh.** St.;
von **Feilenhauern und -Schleifern** nach **Werdau** in Sachsen (Fa. Fröhlich) D.; nach **Wermelskirchen** bei Remscheid (Fa. Wellershaus) D.; nach **Witten** (Werkzeugfabrik Soeding & Co.) M.;
von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach **Arnstadt i. Th.**, M.;
nach **Düsseldorf-Reisholz** (Fa. Soest & Co.) M.; nach **Elbing** (Fa. Komnick) A.; nach **Geestemünde** (Firma J. Gerlach) D.; nach **Gevelsberg** (Firma H. Dieckerhoff) St.; nach **Gmünd** (Ritz & Schweitzer) Mi.; nach **Hagen** A.; nach **Itzehoe** (Itzehoer Eisenwerk) L.; nach **Lettwig a. Ruhr** (Gebrüder Ruhrmann) M.; nach **Köln a. Rh.** (Eisenwerk Aleitenberg) St.; nach **Saalfeld** (Stahlgießerei von Auerbach & Scheibe) M.; nach **Swinemünde** (Eisengießerei Lenz) M.; nach **Weitmar** (Stahlgießerei der Westfälischen Stahlwerke) D.; nach **Zwickau** (Gußwerke) M.;
von **Goldschlägern** nach **Dresden**; nach **Schwabach**;
von **chirurg. Instrumentenmachern** nach **Tuttlingen** (Jetter & Wezel) D.;
von **Kesselschmieden** nach **Stuttgart**;
von **Klempnern, Installateuren** und **Rohrlegern** nach **Breslau** L.; nach **Flensburg** (Fa. L. George) A.; nach **Halle a. S.**, D.; nach **Jena**, L.;
von **Kupferschmieden** nach **Magdeburg** (Fa. Möller & Schulze) St.;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach **Aalen** (Gebr. Simon, Drahtstiftenfabrik); nach **Ansbach** (Motorfahrzeugfabrik) D.; nach **Crailsheim** (Fa. J. B. Stein, Maschinenfabrik); nach **Elbing** (Fa. Komnick) A.; nach **Eßlingen** (Fa. Duderstadt, Metallwarenfabrik) St.; nach **Finsterwalde** (Metallschraubenfabrik A.-G.) St.; nach **Frankfurt a. M.** (Naros Union) St.; nach **Hagen-Schwelm**, A.; nach **Köln** (Fa. Klettenberg) D.; nach **Liegnitz** (Teichert & Sohn) L.; nach **Lünen b. Dortmund** (Pothof & Fluhme, Fluhme & Lenz, Schulz & Co. und Westfalia-Hütte) D.; nach **Mülheim Rh.** (Schiffswerft Sachsenberg) St.; nach **München** (Firma Beisbarth, Automobilf.) St.; nach **Ohra** bei Danzig (Firma Kirschberger, Eisenkonstruktionswerkst.) D.; nach **Paris** (G. Doußner, Nähmaschinenfabr.) St.; nach **Solingen** (Fa. Hugo Linder, Deltawerk) Str.; nach **Straßburg i. Els.** (Fa. Ungerer, Turmuhrenfabrik) M.; nach **Wiesbaden** (Fa. Schwertfeger) St.;
von **Metalldrückern** nach **Sundern**, A.;
von **Schlossern** (Bau- und Kunstschlossern) nach **Budapest**, St.; nach **Heidenheim**, D.; nach **München**, L.; nach **Reichenhall**, L.;
von **Schmieden** und **Zuschlägern** nach **Witten** (Werkzeugfabrik Soeding & Co.) M.;
von **Ziselenren** nach **Osterode** (Firma Schuhmacher) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläße in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Osnabrück. (Schmutzkonkurrenz.) **Vor kurzem** verlegte der Feilenhauermeister Peter Raselli **seinen Betrieb** von Bramsche nach Osnabrück. Er will nun um jeden **Preis** hier „ins Geschäft kommen", deshalb offeriert er sehr niedrige Preise: Hand- und Armfeilen per Kilo 0,30 ℳ, flach Bastard per Kilo 0,35 ℳ, halbrund, dreikant, rund B. per Kilo 0,40 ℳ, flach und halbrund Schlicht per Kilo 0,50 ℳ, vierkant, flach, dreikant, halbrund und rund per Zoll B. 0,03 ℳ, halbrund und flach S. per Zoll 0,04 ℳ. „Sauberste Ausführung" wird besonders garantiert. Dies ist wieder ein Schulbeispiel dafür, wie die Kraxler es verstehen, sich gegenseitig abzumurksen.

Former.

Muskau. Im Eisenhüttenwerk Keula haben sämtliche Former und Kernmacher wegen Lohndifferenzen die Kündigung eingereicht. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Stettin. (Mißstände in der Gießerei des „Vulkan".) Schon öfter haben die Former auf dem „Vulkan" Anlaß zu berechtigten Klagen gehabt. Allem Anschein nach ist man aber nicht bemüht, Mißstände abzuschaffen, sondern benutzt die angeblich schlechte Geschäftslage dazu, die Arbeiter auf jede Art und Weise zu provozieren. Bis zum 1. April d. J. war Herr Hofert Oberingenieur. Dieser Mann leistete in puncto Behandlung der Arbeiter großartiges. Ausdrücke, wie „Esel", „Faule Kerle" standen an der Tagesordnung. Selbst vor tätlichen Angriffen scheute der Mann nicht zurück. Kam es doch vor, daß er den Meister Uhlhorn bei einer Gelegenheit bei der Binde faßte und ihn recht derb schüttelte. An seine Stelle ist nun Herr Heyken getreten. Dieser Mann schlägt einen andern Weg ein. Jedenfalls denkt er, durch Hunger sind die Leute am ersten mürbe zu kriegen. Deshalb sucht er die Akkordlöhne systematisch zu reduzieren. Es sind im ganzen 100 Former beschäftigt. Diese werden von zwei Ingenieuren und fünf Meistern beaufsichtigt. Dazu kommt noch etwa ein halbes Dutzend Schreiber. Nun könnte man meinen, bei einem solchen Heer von Beamten müßte alles vorzüglich klappen. Aber das ist irrig. Seit Mitte März arbeiten die Sand-, Masse-, Stahl- und Metallformer von ¼9 bis 5 Uhr. Also 7¼ Stunden täglich. Die Lehmformer dagegen von morgens 6 Uhr bis nachmittags 6½ Uhr, also 10½ Stunden. In der letzten Abteilung sind 26 Former beschäftigt. Beaufsichtigt werden diese von 2 Meistern. Die Hilfsarbeiter werden von einem Vorarbeiter beaufsichtigt. Dieser Vorarbeiter, namens Weiher, ist im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein. Er arbeitet mit den ihm zugeteilten Leuten fast selbständig. Nebenbei bemerkt: die freiorganisierten ungelernten Arbeiter haben bei ihm nichts zu lachen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß er Arbeiten, die er in die Kammer bringen mußte, mehrere Tage auf dem Platze stehen ließ — natürlich zum Schaden der Former. Auf Beschwerde beim Meister wurde das Versäumte zwar nachgeholt, aber nicht etwa gleich, nein, wenn es Herrn Weiher paßte. Solche Zustände können nur einreißen, wenn die Meister so beschaffen sind, wie diese beiden. Die Akkordpreise in dieser Abteilung sind soweit reduziert, daß bei den meisten Arbeiten unter dem Tagelohn verdient wird. Herr Heyken sagt: „Wenn der Lohn nicht herauskommt, dann kann man immer noch etwas zulegen." Ja, so ein Ingenieur hat was gelernt! Er stellt sich auch in die Ecken oder hinter die Pfeiler und paßt auf, wie lange der oder die Former an den betreffenden Stücken arbeiten. Wenn's fertig ist und seiner Meinung nach tüchtig geschuftet wurde, dann, ja dann legt Herr Heyken vielleicht etwas zu. Ja, ja, gelernt hat er was! Auch in der Stahlformerei sind Abzüge gemacht worden. Aber da versteht es wenigstens der Meister Herzog, die Arbeit einigermaßen gerecht zu verteilen und auch für genügend Material zu sorgen, so daß die Former nicht so viel Versäumnis haben. Hauptsächlich kann man mit dem Formkastenmaterial zufrieden sein. Die Sand- und Masseformerei (die Abteilung des „Meisters" Uhlhorn) ist am übelsten dran. Dieser Mann scheint gar nicht zu wissen, welche Aufgaben er als Meister hat. Um ein Beispiel zu geben, wie die Arbeit verteilt wird, sei bemerkt: Etliche Former bekommen Arbeit, daß sie für mehrere Wochen Vorrat auf dem Platze haben, andere bekommen keine, infolgedessen müssen sie tagelang aussetzen. Bei den Löhnungen tritt dann die Ungerechtigkeit so recht kraß zutage. Bei der Löhnung am 31. März (für einen halben Monat) wurden kaum Lohnzettel 6,70, 15,60, 20, 22 ℳ u. s. w. ausgezahlt. Die Former, die Meister Uhlhorn immer berücksichtigt, hatten 80 ℳ und darüber verdient. Zu dieser Art Arbeitsverteilung kommt ein geradezu chronischer Mangel an Material (Formkasten, Kastenstifte, Sandhaken, Formstifte, Siebe und was alles in der Abteilung gebraucht wird), nicht einmal Trinkgefäße kann dieser Meister beschaffen, dazu bedurfte es erst einer Arbeiterausschußsitzung, worauf deren Anschaffung von der Direktion befohlen wurde. Daß bei einer solchen Wirtschaft die Former ganz erheblich geschädigt werden, ist außer Frage. So wurde vor einiger

Zeit ein Zylinder hergestellt, wobei es an ordentlicher Modellmasse und an Formstiften fehlte. Obwohl der Meister Uhlhorn wiederholt angegangen wurde wegen Beschaffung des genannten Materials, blieb es bei der alten Schlamperei. Der Zylinder wurde Ausschuß, weil die Masse nichts taugte und die Stifte fehlten. Die Former hatten tagelang umsonst gearbeitet, bekamen dafür kein Geld und es mußte, zum Hohn sei's gesagt, noch jeder 3 M. Strafe zahlen, weil der Meister Uhlhorn nicht für das nötige Material sorgte. Die Versäumnisse des U. verschuldeten auch, daß Former wegen Kastenmangel in Holzkasten formen mußten, obwohl die Ausschußgefahr eine größere ist und zum Schaden des Werkes die Holzkasten verbrennen. Also dem „Meister" Uhlhorn fehlt zu seiner Meisterschaft noch vieles. Daß unter solchen Beamten, die bestrebt sind, möglichst billig zu produzieren, die Lehrlinge gehörig ausgepowert werden, versteht sich von selbst. Vor etwa drei Wochen wurden unter anderm zwei Lehrlinge beauftragt, vierzig Schienen zu machen. Fürs Stück wurden ihnen 15 ₰ geboten. Jede Schiene wiegt etwa 1 Zentner. Ein Former würde mindestens 50 ₰ bekommen. Nun hatten die Lehrlinge in zwei Tagen etwa 40 Zentner Guß eingeformt. Am Gießtage wird dann der bessere Guß zuerst gegossen, der minderwertige bleibt bis zuletzt. Deshalb blieben nun auch die Lehrlinge bis zuletzt. Meister Uhlhorn wußte das nämlich gar nicht anders einzurichten. Abends um 8 Uhr mußten die Lehrlinge noch feste Eisen schleppen, solange, bis einer zusammenbrach und am andern Tage krank war. Die beiden Lehrlinge wurden vorstellig beim Ingenieur Heyken und beklagten sich, daß sie so wenig verdient hätten. Heyken sagte zu ihnen, sie hätten mehr arbeiten sollen, dann hätten sie auch mehr verdient. Wenn nun einmal die Lehrlinge schon billiger arbeiten müssen, dann sollte man ihnen wenigstens beim Gießen die nötige Unterstützung zuteil werden lassen und sie nicht sich abrackern lassen, bis sie zusammenbrechen. Ueberhaupt ist es eine krasse Ausbeutung, wenn man einem Lehrling solche schwere Arbeit zumutet. Der eine dieser Lehrlinge lernt im zweiten Jahre, dürfte also noch nicht selbständig arbeiten, der gehört zu einem Gesellen. Der andere lernt im vierten Jahre, ist aber ein sehr schwächlicher Junge, dem man solche schwere Arbeit gar nicht zumuten kann. Die Direktion hat seinerzeit versprochen, die Akkordzettel sollten gleich mit der Arbeit herausgegeben werden; aber dem Meister Uhlhorn fällt es gar nicht ein, sich an dieses Versprechen zu halten. Es kommt nicht selten vor, daß zu Anfang der Löhnung Arbeiten angefertigt werden, der Zettel dafür aber erst nach mehrmaliger Mahnung am Schlusse der Löhnung herausgegeben wird. Dann ist er unter Umständen verlegt worden und so kommt es denn, daß für das Stück nicht mehr bezahlt wird. Der Stundenschreiber Sommerfeld gibt den Zahlungsschluß an, wie es ihm paßt. Manchmal bleiben 4 Tage, manchmal 5 Tage drin. Hat Uhlhorn nun den Zettel verbummelt, dann muß sich der Former mit dem Stundenschreiber auseinandersetzen. In der Gelbgießerei besteht ein Tarif; es wird also nach Gewicht bezahlt. Für 100 Kilo Torpedoguß gibt es 7,25 M., für Maschinenguß 6,75 M. Hier werden direkte Abzüge nicht gemacht, aber indirekte um so mehr. Die schwache und komplizierte Arbeit, bei der nichts zu verdienen ist, weil sie weniger wiegt, wird in der Gelbgießerei gemacht. Die schweren Stücke bestimmt Herr Heyken für eine andere Abteilung, wo auf Stückpreis gearbeitet wird, und so kommt es denn, daß die Stücke für den halben Preis, oft noch darunter fertiggestellt werden, wie sie im Tarif vorgesehen sind. Herr Heyken irrt sich aber ganz gewaltig, wenn er meint, die Former lassen sich das auf die Dauer gefallen. Die Direktion kann es unmöglich wollen, daß die Abmachungen so umgangen werden, die sie einmal getroffen hat. Ausgezahlt wurden bei letzter Löhnung (laut Lohnzettel) 39,11 M. Das Kastenmaterial in dieser Abteilung ist ebenfalls nicht in genügender Zahl vorhanden. In dieser Abteilung sind 23 Former und 2 Lehrlinge beschäftigt. Diese arbeiten in gemeinsamem Akkord. Es wird ein Lohnbuch geführt. Die Direktion bestimmte seinerzeit, das Lohnbuch sollte an jedem Löhnungstage so früh herausgegeben werden, daß es ein jeder einsehen könne. Es wird aber in den seltensten Fällen 5 bis 10 Minuten vor der Löhnung, in den meisten Fällen aber überhaupt nicht herausgegeben. Entweder die Beamten sind zu bequem dazu oder man will es ganz und gar abschaffen, damit die Arbeiter sich ihren Verdienst nicht mehr selbst nachrechnen können, oder auch es ist eine Verhöhnung der Arbeiter. Zu dem Schluß kann man sehr leicht kommen, wenn man sich die Handlungsweise des Ingenieurs Heyken bei der Lohnfrage zu Pfingsten etwas näher ansieht. Wenn nun einmal schon niedrige Löhne auf dem „Vulkan" gezahlt werden und man läßt die Arbeiter dann noch eine halbe Stunde auf die paar Pfennige warten, so ist das doch der reine Hohn. Denn 39 M. (um nicht erst von 5,60 M. zu sprechen) sind bei den heutigen teuren Lebensmittelpreisen Hungerlöhne. Die Former arbeiten bekanntlich von ¼9 bis 5 Uhr. Vom 31. März an war immer nach Schluß der Arbeitszeit Löhnung, aber nur in der Gießerei. Am Donnerstag vor Pfingsten stand am schwarzen Brett an der Portierbude ein Anschlag, wonach am Freitag nach Schluß der Arbeitszeit die reguläre Lohnzahlung stattfinden sollte. Nun arbeiten alle anderen Betriebe bis um ½6 Uhr. Deshalb mußten sie um die Zeit ihren Lohn erhalten. Die Former machten natürlich wie gewöhnlich um 5 Uhr Schluß. Also mußten sie um diese Zeit ihren Lohn bekommen. Aber dies geschah nicht, was natürlich allgemeinen Unwillen auslöste. Herr Heyken weiß ganz genau, daß die Gießerei niemals mit den anderen Betrieben etwas gemein hat, weder mit der Arbeitszeit noch mit der Löhnung. Es wird ja vom Arbeiter alles so nach dem Schnürchen verlangt, warum ist es nicht umgekehrt ebenso? Niemand konnte riechen, daß gerade an diesem Tage eine halbe Stunde länger gearbeitet werden sollte. Herr Heyken soll nicht etwa denken, daß die Arbeiter alles so machen, wie er es wünscht. Im Gegenteil! Die Arbeiter sind heute ein Faktor, der bei allen Aenderungen ein Wort mitreden muß und will. Wer das nicht dulden will, wird selbst die Konsequenzen davon zu tragen haben. Schon wiederholt ist die Direktion ersucht worden, Ventilation in der Gießerei anzulegen. Der Baurat Flohr hat das jedesmal zugestanden, es ist aber leider bis heute davon nichts zu sehen.

Graveure und Ziseleure.

Heilbronn. In der am 30. Mai hier abgehaltenen gut besuchten Versammlung referierte der Branchenleiter Werner über: „Tarifbestrebungen der Graveure und Ziseleure Deutschlands." Es sei das erstemal, seitdem wir gewerkschaftlich organisiert sind, daß im engeren Berufskreise die tarifliche Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse diskutiert wird. Für unsern Beruf sei es ein erfreuliches Zeichen und ein Fortschritt, daß auf diesem Gebiet einmal der Anfang gemacht wird. Das abgeschlossene Vertragsmuster der Berliner Kollegen sei als ein gutes zu bezeichnen. Über die Nützlichkeit von Tarifen bestehe gar kein Zweifel mehr. Sie sollen eine Stetigkeit und Gleichheit in die Arbeitsbedingungen bringen, den Arbeiter zu Zeiten sinkender Konjunktur vor Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen schützen. Vor allen Dingen sei es aber notwendig, daß die Kollegen bis auf den letzten Mann im Verband seien. Folgende vom Referenten eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Graveure und Ziseleure der Verwaltungstelle Heilbronn sind im Prinzip mit der Regelung der ganzen Arbeitsverhältnisse innerhalb ihres Berufes auf tariflicher Grundlage einverstanden. Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse wäre auf diesem Wege Gelegenheit geboten, einen für Unternehmer und Arbeiter befriedigenden Zustand innerhalb des Berufes zu schaffen. Das von der Berliner Tarifkommission vorgelegte Vertragsmuster kann bei späteren Beratungen als Grundlage dienen. Die Versammelten ersuchen die Kollegen in den übrigen Bundesstaaten, soweit dies noch nicht geschehen ist, in ähnlicher Weise Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen. Das auf diese Weise gesammelte Material soll dann einer noch später einzuberufenden Konferenz der Graveure und Ziseleure von ganz Deutschland unterbreitet werden. Von dem Gedanken durchdrungen, daß nur eine starke, den letzten Berufskollegen umfassende Organisation imstande ist, wirkliche Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu schaffen, erklären die Versammelten es als ihre unabweisbare Pflicht, immer mehr für die Ausbreitung der Organisation zu streben, um so gleichzeitig die Garantien zu bieten, die die Durchführung und Aufrechterhaltung eines Tarifvertrags erfordert."

Klempner.

Jena. (Hirschenmoral.) Nachdem die Lohnbewegung der Klempner und Installateure mit annehmbarem Erfolge für die beteiligten Arbeiter beendet war, mußte natürlich ein Mitglied der Hirsche herkommen und versuchen, den Führern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Nr. 124 der in Apolda erscheinenden Gewerkvereins-Zeitung eins auszuwischen. Unser Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 22) über den Verlauf der Bewegung hat es diesem Helden angetan. Wir nehmen nicht an, daß es ein gewöhnliches sterbliches Mitglied der hiesigen Ortsgruppe ist, das diesen Versuch unternahm, denn die Leitung am Orte und auch die Beteiligten selbst waren mit allen unseren Maßnahmen vollständig einverstanden. Und daß alle Aktionen von uns unternommen wurden, wollen wir an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Der Schreiber der Notiz in der Gewerkvereins-Zeitung ist jedenfalls irgend ein führender Geist, der die Bewegung am Orte weniger selbst beobachtet und sein Heer — von 5 Mann, soviel Mitglieder des Gewerkvereins waren beteiligt — nur von weitem kommandiert hat. Wir sollen in der Versammlung am 15. April alles getan haben, um die Kündigung zu vereiteln, während die Kommission und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler — das Bäckerdutzend, wie wir uns nach der Meinung des Schreibers in Nr. 124 der Gewerkvereins-Zeitung so gern ausdrücken sollen — energisch für die Kündigung eingetreten seien. Auch daran, daß noch etwas erreicht worden ist, sollen nicht wir schuld sein, sondern die Umstände, daß das Gewerbegericht als Einigungsamt vermittelnd eingriff und daß die Arbeiter alle einig waren. Dem letzten Satze folgt noch die lakonische Bemerkung, daß dazu die Führer der Gewerkschaften nicht viel beitragen. Um sein persönliches Empfinden zum Ausdruck zu bringen, schließt der Schreiber mit dem Satze: „Dies der Wahrheit zur Ehre." Da das Empfinden aller Menschen bekanntlich nicht gleich ist, so wollen wir auch das unsrige zum Ausdruck bringen und das geht dahin, daß mit dem Geschreibsel in der Gewerkvereins-Zeitung nicht der Wahrheit die Ehre gegeben wurde, sondern daß sie umgelogen worden ist. Was wir nun festzustellen haben, ist folgendes: Wir wollten keineswegs die Kündigung vereiteln. Wohl aber hatten wir die Pflicht, unsere Kollegen auf die gegebene Situation — und diese war wegen der Bauarbeiteraussperrung recht ungünstig — und auf die allenfallsigen Folgen aufmerksam zu machen. Diese unsere Ansicht, daß die Situation ungünstig war, teilte auch voll und ganz die Ortsleitung des Gewerkvereins! Daß sich in der Versammlung am 15. April ein Herr, den wir vorher bei der ganzen Vorbereitung der Bewegung und auch nachher in keiner Versammlung wieder gesehen haben, für die Kündigung aussprach, noch so recht nach Erkelenztropfen aus dem Jahre 1906. Man schien es mit Rücksicht darauf, daß die Situation äußerst ungünstig und der Gewerkverein nicht mit einem ganzen, sondern nur mit einem halben Bäckerdutzend beteiligt war, darauf abzusehen, die Bewegung kaputt zu machen, um dann im trüben fischen zu können und uns vorzuwerfen, wir seien unfähig, einen Lohnkampf zu führen. Oder aber: man sollte seine eigene Unfähigkeit als Arbeiterführer dokumentieren — was auch vollständig gelungen ist. Eine ziemliche Anmaßung ist es, zu sagen, daß nur durch das Eingreifen des Gewerbegerichts und durch die Einigkeit der Arbeiter noch etwas zu erreichen war. Daß die Arbeiter einig waren, das stimmt; es wäre auch schlimm, wenn es anders wäre. Die Bestimmung über die Festsetzung der Löhne war aber nach den Verhandlungen vor dem Einigungsamt sehr unklar und dehnbar und es ist lediglich unserem Verbandsvertreter zuzuschreiben, daß über diesen Punkt am dritten Streiktage bei der Verhandlung mit den Unternehmern Klarheit geschaffen wurde. Die hämische Bemerkung, daß zur Einigkeit der Arbeiter die Führer der Gewerkschaften gewöhnlich nicht zuviel beitragen, ist zu naiv, weswegen wir sie übergehen. Nur eine Frage dazu sei uns gestattet: Wenn sich die Führer des Gewerkvereins so um die Einigkeit der Arbeiter verdient machen, wie es nach dem Geschreibsel in der fraglichen Notiz erscheinen muß, woher kommt es dann, daß der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein so sehr an Mitgliederschwund leidet? An die hiesige Ortsleitung des Gewerkvereins erlauben wir uns die Frage, ob sie mit der Schreibweise in Nr. 124 der Gewerkvereins-Zeitung einverstanden ist?

Mannheim. Die Süddeutschen Metallwerke haben vor einigen Jahren — weil die hiesigen Arbeitskräfte „zu teuer" und „anspruchsvoll" seien — ihre Fabrik auf das Land, nach Walldorf bei Wiesloch verlegt. Aber auch dort finden sich die gewünschten billigen Leute nicht so leicht. Die Firma suchte nun in letzter Zeit in allen Gegenden Deutschlands tüchtige Spengler bei hohem Verdienst. An und für sich könnte man ja dagegen nichts einwenden, das heißt wenn diese herbeigeholten auch wirklich einen hohen Verdienst erzielen könnten. Aber kaum haben sie zu arbeiten angefangen, sehen sie sich bitter enttäuscht und schütteln so rasch als möglich wieder den Staub von den Füßen. Auch die Behandlung durch den Meister Stumpf läßt recht viel zu wünschen übrig. Titulaturen, wie: Tagedieb, Saukund, Krupper 2c. sind bei ihm an der Tagesordnung. Auch wird ihm nie genug gearbeitet. Mitunter rennt er wie besessen umher und schreit: „Samstags die Hand recht weit aufhalten und recht viel Geld einzusacken, das bringt ihr fertig, aber arbeiten wollt ihr dafür nichts." Der Betrieb ist nun auch der reinste Taubenschlag geworden. Wir ersuchen die Kollegen, sich nicht auf Versprechungen hin herlocken zu lassen. Solange die Firma sieht, daß immer noch Leute auf ihre Inserate hereinfallen, liegt ihr an der Verbesserung der Verhältnisse recht wenig. Aber auch den Kollegen und Kolleginnen im Betrieb möchten wir dringend anraten, sich aufzuraffen und einmütig gegen derartige Behandlung Front zu machen. Vieles ist zu verbessern und könnte auch verbessert werden, wenn nur die Arbeiter einen ernsten Willen zeigten und sich alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen würden.

Metallarbeiter.

Aalen. Der Streik bei der Drahtstiftenfabrik von Gebr. Simon ist resultatlos beendet worden, weil sich viele „Arbeitswillige" gefunden haben. Ein besonderer Umstand wirkte dafür, nämlich der Bankrott der Drahtstiftenfabrik der Firma Krauß, deren Arbeiter sofort bei Gebrüder Simon zu arbeiten anfingen. Danach war an einen Erfolg bei der Fortführung des Streiks nicht zu denken. Die Sperre über den Betrieb bleibt nach wie vor aufrechterhalten.

Berlin. Die hiesige Verwaltungstelle hielt am Montag den 30. Mai im Saale der Brauerei Friedrichshain ihre ordentliche Generalversammlung für das erste Quartal 1910 ab. Der Kassenbericht lag den Kollegen gedruckt vor. Der Kassierer Kollege Henning erläuterte ihn. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren bei der Hauptkasse mit 433 178,45 M. Es wurde an Unterstützung bezahlt: bei Krankheit 101 199,85 M., bei Streiks 21 638,60 M., bei Arbeitslosigkeit 123 133,15 M., bei Maßregelung 9604,10 M. Der Rechtschutz erforderte 4787,48 M. Die Lokalkasse schloß ab mit einem Kassenbestand von 1 019 039,48 M. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung erledigte die Generalversammlung die Anträge der Ortsverwaltung, die in der Generalversammlung vom 20. März zurückgestellt worden waren. Bei dem Punkte: „Anstellung von zwei Kollegen als besoldete Bezirksleiter für die A. E. G.-Werke, Brunnenstraße-Ackerstraße, und für den Bezirk Oberschöneweide-Wildau" machte Kollege Cohen auf die Bedeutung dieser beiden Bezirke aufmerksam; er bewies durch reichhaltiges Material, daß es notwendig ist, für diese beiden Bezirke je einen besoldeten Bezirksleiter zu bewilligen. Da auch Kollegen, die in der Agitation stehen und in diesen Bezirken arbeiten, die Notwendigkeit der Anstellung besoldeter Bezirksleiter der Versammlung vor Augen führten, wurde die Anstellung von zwei Kollegen beschlossen. Für die A. E. G.-Werke, Brunnenstraße-Ackerstraße, wurde Kollege Johannsen gewählt. Da für den Bezirk Oberschöneweide mehrere Kollegen vorgeschlagen wurden, bestimmte die Generalversammlung die Kollegen Scharff und Blanke als Kandidaten. Durch eine besondere Wahl wird entschieden, wer von diesen beiden den Posten bekleiden soll. Weiter wurde beschlossen, den ausgesperrten Bauarbeitern 10 000 M. aus der Lokalkasse zu überweisen. Hierzu bemerkte Cohen, daß es Pflicht der Metallarbeiter sei, bei diesem Kampfe der Bauarbeiter ebenso ihre Opferwilligkeit zu zeigen, wie bei dem Kampfe der schwedischen Arbeiterschaft. Ein Antrag der Vertrauensleute des Nordens, in dem gewünscht wird, daß von der Ortsverwaltung den Vertrauensleuten monatlich ein gedruckter Situationsbericht ausgehändigt werden soll, wurde von Kollege Beyer begründet. Durch den mündlichen Ortsverwaltungsbericht, der in den Vertrauensmännerkonferenzen unseren Kollegen von den Bezirksleitern gegeben würde, soll es dem größten Teil der anwesenden Kollegen nicht mehr möglich sein, den Bericht der Reichhaltigkeit wegen so zu skizzieren, wie es zur Berichterstattung in den Werkstattversammlungen notwendig ist. Die Generalversammlung beschließt, daß von der Ortsverwaltung ein gedruckter Monatsbericht den Kollegen in den Bezirksvertrauensmännerkonferenzen ausgehändigt werden soll. Einen weiteren Antrag der Vertrauensleute des Nordens, der besagt, daß die Mitgliedsbücher unserer Kollegen bei stattfindenden Bezirksversammlungen einer Abstempelung unterzogen werden sollen, begründete Kollege Greil. Die Vertrauensleute seien der Meinung, daß wir dadurch einen besseren Besuch der Bezirksversammlungen zu verzeichnen hätten. Der Antrag wird auch angenommen. Ein Antrag des Kollegen Sobißleck, für unsere Verwaltungstelle die Hauskassierung einzuführen, wurde von dem Kollegen auch begründet. Sobißleck wünscht, daß vorerst eine Prüfungskommission zu dieser Sache von der Generalversammlung eingesetzt wird, die sich mit der Frage beschäftigen soll, ob und in welcher Form die Hauskassierung für die Verwaltungstelle Berlin von Nutzen sein wird. Der vorgerückten Zeit halber wurde ein Antrag auf Schluß der Versammlung und Vertagung dieser Sache bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung angenommen.

Chemnitz. (Die Agitationsweise der schwarzen Metallarbeiter.) Am 18. und 19. Mai tagte in Chemnitz der evangelisch-soziale Kongreß, bei dem sich Geistlichkeit, Nationalökonomen 2c. bemühten, dem Volke zu zeigen, daß es möglich sei, die sozialen Gegensätze der heutigen Zeit zu überbrücken. Obwohl in der Festschrift, die im Auftrag des Ortsausschusses der Oberpfarrer Eger zusammengestellt hat, die 45 dem hiesigen Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften mit ihren 25 842 Mitgliedern nicht erwähnt sind, wurden auf dem Kongreß doch Stimmen laut, die die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation unumwunden anerkannten. Selbst der Oberpfarrer Eger hat in der Hohenzollern-Versammlung ausdrücklich betont, daß es Pflicht aller Arbeiter sei, Mitglied ihrer Gewerkschaft zu sein. Der Kongreß sprach sich für eine besondere Richtung der Gewerkschaftsbewegung nicht aus, es wurde mehrfach hervorgehoben, daß Sozialismus und Religion gar nicht im Widerspruch stehen. In der Volkshausversammlung sind auch die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Noske nicht widersprochen worden, der da sagte: „Schöpfungen wie die evangelischen Arbeitervereine müssen wir natürlich als Streikbrechervereine leidenschaftlich hassen und bekämpfen", so daß wohl überall die Meinung zutage trat, nur die freien Gewerkschaften seien berufen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Doch bei solchen Begebenheiten suchen Dunkelmänner immer etwas für sich herauszuholen, und so erschien auch der „christliche" Metallarbeiterverband auf der Bildfläche und brachte ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Weckruf" zur Verteilung. In marktschreierischem Tone preist man darin den „christlichen" Verband an und verlästert unseren Verband, indem man sagt, er sei gezwungen, sich als Hemmschuh zu betätigen. Es wird gesagt, daß die Arbeiter in Stettin, in Mannheim, die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Lokomotivbauwerke in Berlin bittere Lieder darüber zu singen wüßten, daß der sozialistische Verband sich nicht als Zugführer, sondern als Bremser gezeigt habe. Es wird weiter auf zwei Druckseiten aufgezählt, welche Unterstützungen der „christliche" Verband seinen Mitgliedern — das verstößt doch gegen die „Grundsätze" der schwarzen Duisburger Redaktion — gewährt. Die 300 000 vaterländisch gesinnten, evangelischen und katholischen Arbeiter, Anhänger aller bürgerlichen Parteien, hätten seit 1905 mehr als fünf Millionen Mark verstreikt. Was aber der schwarze Metallarbeiterverband mit seinen 24 000 Mitgliedern bis jetzt zur Hebung der Lebenslage der Metallarbeiter getan hat, wird in dem Flugblatt verschwiegen und erst recht wird verschwiegen, daß gerade die „christlichen" Führer Arbeiterverrat begingen. Um sich in ein gutes Licht zu stellen, bringt man einen Satz aus dem Protokoll des Mainzer Parteitages, wo Dr. Quarck gesagt haben soll: „Wir Sozialdemokraten mogeln, wo wir mogeln können." Getreulich ihrer Vergangenheit können die „Christen" das Lügen nicht lassen, denn Genosse Quarck hat schon verschiedentlich klargestellt, daß er diesen Ausspruch gar nicht geprägt hat, trotzdem wiederholen die frommen Zentrumsschriften die Lüge immer wieder aufs neue. Bis jetzt hat aber der „christliche" Schwindel bei den evangelischen Arbeitern und bei den Kriegervereinlern nicht verfangen, trotz aller Mühe will die Mitgliedschaft des schwarzen Verbandes hier nicht wachsen. In der letzten Versammlung, zu der viele Einladungen ergangen waren, war nicht viel mehr als ein Dutzend Besucher im Preußischen Hof erschienen. Nun gibt man sich Mühe, Mitglieder unseres Verbandes zu gewinnen, man geht an die Eltern und Brüder solcher Arbeiter heran, die früher Mitglied im evangelischen Verein gewesen sind. Eduard Winter, seines Zeichens Mechaniker, zurzeit Schriftführer, wohnhaft: innere Johannesstraße 3, beschäftigt bei Nostitz & Koch, ist es, der Proselyten zu machen sucht. Es sind bei Nostitz & Koch Kollegen gemaßregelt worden, denen gesagt wurde, alle, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören, sollen fliegen. Winter wandte sich an den Bruder eines bei Nostitz & Koch beschäftigten Arbeiters und sagte ihm, daß sich in Chemnitz eine Ortsgruppe des „christlich-nationalen" Metallarbeiterverbandes gebildet habe. Dieser stehe nicht nur auf nationalem Boden, sondern schütze auch die Religionsübung der Mitglieder. Winter wandte sich auch an den Vater eines Mitarbeiters, dem er mitteilte, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband, dem sein Sohn angehöre, sich im Schlepptau der Sozialdemokraten befinde. Und da die Sozialdemokratie gegen alle Religion und gegen die jetzige Staatsordnung sei, so müßte alles aufgeboten werden, um die jungen Leute vor der Sozialdemokratie zu schützen. Deshalb meint dieser „christliche" Agitator: „Da wir jedes Mittel anwenden müssen, um den Sozialdemokraten den jungen Nachwuchs zu entziehen, so wende ich mich an Sie mit der Bitte, Ihre väterliche Ueberredung anzuwenden, damit Ihr Sohn sich uns anschließt." Die Kollegen bei Nostitz & Koch, die oft nicht wußten, wer dem Unternehmer die Angaben machte über die Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband Organisierten, werden jetzt wohl etwas klarer sehen.

Elbing, 11. Juni. Am 7. Juni stellten 28 Former der Firma Komnik die Arbeit ein. Am Abend dieses Tages setzte die Firma den ganzen Betrieb still, indem sie zirka 500 Mann aussperrte. Zuzug ist fernzuhalten!

Frankfurt a. M. Im Betriebe der Naxos Union (Schleifmaschinenfabrik) legten am 9. Juni 160 Arbeiter die Arbeit nieder, nachdem alle ihre Versuche zu einer Verständigung an dem Widerstand der Firma scheiterten. Die Forderungen der Arbeiter sind: 1. Regelung der Akkordverhältnisse: Erhöhung derjenigen Akkordpreise, bei denen der Arbeiter bei ordnungsmäßiger Tätigkeit nicht in der Lage ist, seinen Durchschnittsverdienst zu erzielen. In Fällen, wo eine Verständigung über die Höhe des Akkordpreises auch nach einem Vermittlungsversuche des Arbeiterausschusses nicht gelingt, erhält der Arbeiter 25 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn. 2. Wartezeiten, die auf ein Verschulden der Firma zurückzuführen sind, werden mit 25 Prozent Aufschlag zum Stundenlohn vergütet und auf eine besondere Kommission berechnet. 3. Die Arbeitszeit am Samstag ist so zu regeln, daß um 2 Uhr Schluß eintritt. Die Mittagspause am Samstag beträgt eine halbe Stunde. 4. Lohnerhöhung: Die Arbeiterschaft erwartet eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung. 5. Die Zahl der Arbeiterausschußmitglieder ist von 3 auf 4 zu erhöhen. — Jeder Unbefangene wird diese Forderungen als recht minimale und angesichts der Verhältnisse im Betrieb als durchaus berechtigte anerkennen. Anders die Direktion der Naxos Union und ihr Inhaber, Herr Dr. Pfungst der sonst jede Gelegenheit benützt, sich in das Gewand eines libe-

ralen, human und freiheitlich denkenden Mannes zu kleiden. Statt in Verhandlungen einzutreten, erhielt der Arbeiterausschuß folgende, den Arbeitern durch Anschlag bekanntgegebene Antwort: „Am Samstag nachmittag wurden vom Arbeiterausschuß der Firma beifolgende Vorschläge unterbreitet (folgen die genannten Forderungen). Die Firma erblickt darin eine bedauerliche Einwirkung von seiten der Gewerkschaft. Beschwerden von seiten der Arbeiter ist bisher noch stets Gehör gegeben worden. Eine Behandlung in der vorgeschlagenen Art würde jedoch zu endlosen Weiterungen führen und praktisch undurchführbar sein. Leider sind die Zeiten auch nicht dazu angetan, bezüglich des Samstagnachmittags eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Firma bedauert daher, die gesamten Vorschläge ablehnen zu müssen und erwartet von dem gesunden Menschenverstand ihrer Arbeiter, daß sie sich einmal wieder der Vorteile erinnern, welche sie bei der Firma genießen.“ Diese „Vorteile“ sollen die im Betrieb eingeführten „Wohlfahrtseinrichtungen“ sein. Die Antwort wurde von der Arbeiterschaft mit Entrüstung aufgenommen. Auch ein nochmaliger Versuch des Ausschusses und der Organisationsleitung, Verhandlungen anzubahnen, scheiterte an der schroff ablehnenden Haltung des Herrn Dr. Pfungst. Darauf beschloß die Arbeiterschaft die Arbeitsniederlegung. Zuzug von Schlossern, Drehern und sonstigen Metallarbeitern ist streng fernzuhalten.

Gelsenkirchen. Wiederholt haben wir uns in der Metallarbeiter-Zeitung und auch in Versammlungen mit der Firma vormals Munscheid & Co. wegen der bei ihr herrschenden miserablen Zustände beschäftigt. Wir hatten uns der Hoffnung hingegeben, daß infolge der öffentlichen Kritik die Firma wenigstens die gröbsten Mängel beseitigen würde. Leider haben wir uns getäuscht. Die fortwährenden Klagen über diesen Betrieb, die im Verbandsbureau einlaufen, beweisen, daß sich die Verhältnisse dort noch verschlechtert haben. Es ist unmöglich, auf alles einzugehen, aber einige Beispiele genügen schon. Im Martinwerk I wird in Akkord gearbeitet; kein Former weiß aber den Akkordpreis für die einzelnen Stücke, es ist der Willkür des Meisters überlassen, wieviel er jedem einzelnen schreibt. Die Former wissen niemals vorher, was sie verdienen. Darunter haben besonders die jüngeren Former zu leiden. Während vom Werke nach allen Himmelsrichtungen Beamte geschickt werden, um Former „bei hohen Löhnen“ zu suchen, verdienen die jungen Leute im Alter von 18 bis 22 Jahren die Stunde 40, im günstigsten Falle 48 ₰. Vor einigen Tagen war erst wieder ein Herr der Firma in Düsseldorf, er versprach Formern einen Lohn von 75 bis 80 ₰. Aber die Firma ist unter den Formern so bekannt, daß selbst die schönsten Versprechungen nicht mehr ziehen. Aehnlich wie im Martinwerk liegen die Lohnverhältnisse in der Radsatzabteilung. Hier arbeiten die Radsatzschlosser in Kolonnen; bei Arbeiten, die das erstemal gemacht werden, weiß der einzelne auch nicht, was er verdient. Ist eine Arbeit mehreremal gemacht, so daß die Arbeiter wissen, was es dafür gibt, dann kommt Meister Leonhard und zieht einfach ab, ohne daß er die Arbeiter vorher davon in Kenntnis setzt. Wird er darüber zur Rede gestellt, sagt er: „Der Vorarbeiter hat diese Arbeit zu hoch angesetzt, ich habe den Preis bloß reguliert.“ Dieser Meister nimmt für sich das Recht der Organisation in Anspruch, versucht aber, die ihm unterstellten Arbeiter durch kleinliche Nadelstiche und unschöne Behandlung aus der Organisation herauszutreiben. Vor allem sind es die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die unter seiner Laune zu leiden haben. Wir möchten diesem Herrn empfehlen, sich etwas höflichere Umgangsformen anzugewöhnen. Auch wäre es besser, wenn er dafür sorgen wollte, daß die Unfallgefahr in seiner Abteilung etwas herabgemindert wird, dadurch würde er sich die Achtung der Arbeiter sichern. Es vergeht ja fast kein Tag, wo nicht größere oder kleinere Unfälle vorkommen, die verhindert werden könnten. Vor ungefähr 1½ Jahren mußten die Leistungen der Krankenkasse herabgesetzt werden, weil sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Ein Jahr später mußte schon wieder an eine bessere Finanzierung gedacht werden, weil der Reservefonds immer kleiner wurde, es mußten die Beiträge erhöht werden. Die Kassenärzte sind angewiesen, die Kranken, wenn sie nur halbwegs hergestellt sind, wieder zur Arbeit zu schicken. Von der Leitung des Werkes wird behauptet, daß viele Arbeiter faulkrank seien, dadurch würde die Kasse so sehr in Anspruch genommen. Das ist aber nicht der Fall, sondern sie wird durch die vielen Unfälle übermäßig in Anspruch genommen. Wenn der Gewerbeinspektor einmal eine unverhoffte Revision vornehmen würde — diese müßte aber kurz vor der Mittagspause stattfinden —, dann könnte er hier etwas sehen, was ihm Veranlassung zum Einschreiten geben würde. Da könnte er vor dem Eingang zur Radsatzabteilung sehen, wie sich die Arbeiter zwischen einer Mauer und rangierenden Eisenbahnwagen hindurchzwängen, über Sand, Steine, Schrott u. s. w. klettern müssen, um herauszukommen. Wenn ein Arbeiter hier nicht die äußerste Vorsicht walten läßt oder einen Fehltritt macht, liegt er unter dem Wagen und dieser geht über ihn hinweg. Oder der Gewerbeinspektor stellte sich vor die Kontrolluhr im Martinwerk II. Dort liegen die Gußstücke der Eisengießerei durch- und übereinander, über diese müssen die Arbeiter hinweg, um zur Uhr zu gelangen, denn wer seine Karte nicht stempelt, wird bestraft. Wir könnten noch mehr anführen, hoffen aber, daß der Herr Gewerbeinspektor bei einer Revision vieles selbst finden wird. Auch die Abortverhältnisse sind derartig miserabel, daß sie jeder Beschreibung spotten. Vor allem im Martinwerk II, wo sie zwischen Dampfheizung und Trockenöfen sind. Durch die Hitze entsteht ein derartiger Gestank, daß einem, der dahin zu gehen gezwungen ist, der Atem stehen bleibt. Es kommt auch oft vor, daß die Aborte überlaufen. — Den dort beschäftigten Arbeitern rufen wir zu: Schließt euch euren kämpfenden Arbeitsbrüdern an. Tretet ein in die Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Höchst a. M. (Ein Arbeitswilliger als Messerheld.) Bei der Firma Franz Wagner Söhne in Neuenhain bei Soden erreichten wir vor einiger Zeit eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden. Wir erreichten das auf dem Verhandlungswege, aber der Firma Wagner paßte die Sache doch nicht recht, sie wollte sich nachträglich rächen. Sie entließ einen Kollegen von uns, der an den Verhandlungen beteiligt war. Mehrere Kollegen wollten bei der Firma nicht weiter schaffen, sie suchten sich andere Arbeit. Nun war guter Rat teuer, da die Schleiferei vollständig brachlag. Die Firma setzte sich mit uns telephonisch in Verbindung und es wurde verabredet, in Verhandlungen zu treten. Als wir jedoch erfuhren, daß die Firma zu derselben Zeit mit „arbeitswilligen“ Elementen in Verbindung trat, blieben wir den Verhandlungen fern. Es gelang ihr, einige Schleifer zu bekommen, die mit der größten Zuvorkommenheit behandelt werden; es wurden neue Einrichtungen in der Schleiferei gemacht, damit die „nützlichen Elemente“ es gemütlich haben. Aber alles nutzte nichts — die zufriedenstellenden Leistungen blieben aus. Und langsam steigt der Groll der Firma, weil nichts fertig wird. Einer der Schleifer, dem das schlechte Gewissen keine Ruhe ließ, vermutete, daß ihm die Arbeiter der andern Branchen nicht hold seien; er hatte speziell gegen einen Gürtler Verdacht, dem er sagen ließ, er würde ihn bei Gelegenheit in die Fresse hauen. Nachdem ihn der Kollege darüber stellte, wollte er handgreiflich werden und er erging sich in Schimpfereien. Als der Kollege einen Kasten mit Hämmern aus der Schleiferei heraustragen wollte, um daran zu arbeiten, stürzte sich der Held rücklings auf ihn und versuchte ihn zu Boden zu werfen und zu würgen. Als der Kollege ihn abgewehrt hatte und über den Hof ging, schlich der hinterlistige Geselle dem Kollegen nach und kam mit gezücktem Messer auf ihn zu mit den Worten: „Hund, ich steche dich tot!“ Der Kollege flüchtete sich in die Gußputzerei und von da in die Dreherei, um dem wütenden Messerstecher zu entgehen. Bei diesem Auftritt stand einer der Inhaber der Firma, Herr Michael Wagner, in der Nähe. Man sollte nun meinen, daß die Firma mit einem Menschen, der zum Messer greift, nichts mehr zu tun haben wollte. Aber der Messerheld bleibt!

Kiel. Die hiesigen Heizungsmonteure und Helfer, die von den Unternehmern ausgesperrt worden waren, haben einen Erfolg errungen. Die Aussperrung in Kiel ist nach fünfwöchiger Dauer beendet worden. Es sind nicht nur die geplanten Verschlechterungen abgewehrt, sondern auch noch Zugeständnisse errungen worden. Der abgeschlossene Tarifvertrag gilt bis 1. April 1913. Der Lohn für Monteure wurde auf 76 ₰ festgesetzt, er steigt im zweiten Jahre auf 77, im dritten Jahre auf 79 ₰. Der Lohn der Helfer beträgt 55 ₰ und steigt nach einjähriger Tätigkeit auf 57 ₰. Die Vergütung für auswärtige Arbeit ist für die ersten drei Tage von 3 auf 3,50 ℳ erhöht worden, die beabsichtigte Zoneneinteilung wurde abgewehrt. — In der vom Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes einberufenen Sitzung wurden auch die Tarife für die übrigen Nebenberufe des Baugewerbes: Schlosser, Dachdecker, Glaser, Schmiede, Stukkateure und Bildhauer endgültig zum Abschluß gebracht. In diesen Berufen war schon nach den neuen tariflichen Vereinbarungen gearbeitet worden, der endgültige Tarifabschluß jedoch bis zur Beendigung der Aussperrung im Heizungsfach hinausgeschoben worden. Von diesen Tarifen ist zu bemerken, daß der Stundenlohn für Bauschlosser von 55 auf 59 ₰ erhöht worden ist.

Schwenningen. (Kinderarbeit in der Uhrenindustrie.) Eine typische Erscheinung in den Lokalblättern des badisch-württembergischen Schwarzwaldes bilden die Gesuche der Uhrenfabrikanten, wonach jüngere Mädchen und Burschen dauernde und lohnende Arbeit finden. So manchem Familienvater, der von Fabriktor zu Fabriktor eilt, in der Hoffnung, Arbeit zu bekommen und wieder Brot für die Seinen beschaffen zu können, wird der trockene Bescheid: „Ja, wenn Sie jünger wären, junge Burschen und Mädchen könnten wir noch gebrauchen.“ Die Sucht, nur junges, noch nicht abgearbeitetes Menschenmaterial zur Verfügung zu haben, und mit dem älteren, ausgesogenen aufzuräumen, zeigt sich auf dem Schwarzwald und da ganz besonders in Schwenningen in auffälliger Weise. Wer sich die Mühe nehmen wollte, einmal morgens 8 Uhr vor den Betrieb der Firma Schlenker & Kienzle zu gehen, der würde staunen, wenn er die große Zahl der jugendlichen, zu Ostern aus der Schule entlassenen Kinder sehen würde, die in diesen Betrieb hineingehen. Die johlenden und lachenden Kinder haben ja noch keine Ahnung, was ihnen bevorsteht und zu was sie herangezogen werden. Die bürgerlichen Sozialpolitiker, die vom „Einführen ins Leben“ und dergleichen Dingen schwafeln, sollten in diesem Betrieb einmal Studien machen. Zunächst wird dafür gesorgt, daß die Eltern der Arbeiter gewissermaßen gezwungen sind, ihre aus der Schule entlassenen Kinder dem Fabrikanten zuzuführen, denn die Löhne, die den Arbeitern bezahlt werden, reichen in den meisten Fällen nicht aus, eine Familie zu ernähren zu können, die Frau und die Kinder müssen mithelfen. Deshalb wird oft mit Sehnsucht der Tag erwartet, an dem der Sohn oder die Tochter aus der Schule entlassen wird, um mitverdienen zu können. Diese Kinderhände sind dem Fabrikanten ein willkommenes Hilfsmittel, die älteren Arbeiter im Zaume zu halten. Die in der Uhrenindustrie hoch entwickelte Technik und die raffinierte Arbeitsteilung ermöglichen es dem Fabrikanten, die Kinder zu beschäftigen, die auf ein paar Handgriffe dressiert werden. Da diese Kinderhände äußerst billig sind, so sind sie bei der Schmutzkonkurrenz fast unentbehrlich geworden. Es wurde festgestellt, daß Anfangsstundenlöhne bis herab zu 5 ₰ bezahlt werden. Einige dieser Kinder brachten am ersten Zahltag für vier Arbeitstage nach Abzug der Krankenkassenbeiträge u. s. w. noch eine ganze Mark mit nach Hause. Stundenlöhne von 6, 7 und 8 ₰ sind lange Zeit die normale Entlöhnung. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die meisten dieser Kinder nicht ohne eine gewisse Vorbildung in den Betrieb hineinkommen, denn sie haben in der Regel den Eltern schon bei Heimarbeiten helfen müssen, ihnen sind die Arbeiten in der Fabrik durchaus nicht so fremd, daß eine so schlechte Bezahlung gerechtfertigt wäre. Es ist gewiß hohe Zeit, diesem Krebsübel entgegenzuarbeiten. Wie sieht es nun aus in dem Betrieb? Beim ersten Schritt, den wir in den Betrieb hinein tun, starrt uns schon eine Plakatsäule mit Strafparagraphen und sonstigen Verordnungen entgegen. In den Arbeitssälen ist es genau so, da ist alles sorgfältig reglementiert und abgestuft, je nach der Schwere des Vergehens. Der Betriebsleiter dieser Firma, der nach Ansicht der Arbeiter die Weisheit auch nicht gerade mit Löffeln gegessen hat, soll besonders Großartiges leisten in der Erfindung von Ordnungsstrafen. Neulich trieb es dieser Herr derart bunt, daß es selbst dem Fabrikanten über die Hutschnur ging und auf dessen Anordnung die Anschläge wieder entfernt werden mußten. Auch in sonstiger Hinsicht hat dieser Herr Betriebsleiter eine wahre Schreckensherrschaft eingeführt. Da gibt es geheime Aufpasser, die ihm alles berichten müssen, kein Arbeiter — mit Ausnahme der Speichellecker und Denunzianten — ist sicher, daß nicht eines schönen Tages der Stab über ihn gebrochen wird, ohne daß er eine Ahnung hat, woher die Sache kommt. Namentlich die, die im Geruche freiheitlicher Gesinnung stehen, können ein Liedchen davon singen. Dem Herrn Betriebsleiter sind auch die Löhne, obwohl sie schon aufs äußerste reduziert sind, immer noch zu hoch. „Das muß billiger werden!“ ist eine seiner ständigen Redensarten. Da nimmt es nicht wunder, daß das Verlangen nach Kinderhänden so groß ist. Diese kann man nach Wunsch zurechtkneten und drillen. Die Kinder selber sehen in der Regel erst viel später, meistens zu spät ein, daß sie in ihrer Jugend mißbraucht wurden, daß sie nicht so viel gelernt haben, um später mit ihrer Arbeitskraft etwas ordentliches anfangen zu können. Man hat sie nur ein paar Handgriffe gelehrt und deshalb sind sie dann ängstlich bemüht, den Platz zu behalten, denn ein Platzwechsel ist immer mit einem Lohnausfall verbunden. So sind sie mit eisernen Klammern an den Betrieb gefesselt. Gegen derartige Zustände kann nur eine gute Organisation mit Erfolg ankämpfen, der einzelne kann sie nicht beseitigen, es ist der Zusammenschluß der Gesamtarbeiterschaft dazu nötig. Das sollten vor allen Dingen auch die Eltern, die gezwungen sind, der schlechten Lohnverhältnisse wegen ihre Kinder in die Fabrik zu schicken, bedenken und ihre Bestrebungen danach richten.

Schläger.

Dresden. Wenn unter dem Druck der heutigen hohen Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten alle Arbeiter sehr zu leiden haben, so die Dresdener Feingoldschläger im besonderen. Den Schlag, den die Dresdener Gehilfen 1904 erhielten, als ihnen die Tarifgemeinschaft mit der geringen Lohnerhöhung von 1900 genommen wurde, empfinden sie um so mehr, da der ihnen aufgedrungene Tarif dem Lohnsatz gleichkommt, der vor 1890, also vor mehr als 20 Jahren, bestand. Stellt man diesem Lohnsatz die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise gegenüber, so ist danach die Lage der Dresdener Gehilfen heute als eine sehr schlechte zu betrachten. Hier sind in 7 Betrieben beschäftigt: 84 Gehilfen, 96 Beschneiderinnen, Auslegerinnen und Einfüllerinnen und 22 Lehrlinge. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Bezahlung erfolgt nach dem von den Prinzipalen festgesetzten Tarif von 1904. Der Durchschnittsverdienst beträgt 25 ℳ wöchentlich. Daß davon eine Familie bei den teueren Dresdener Verhältnissen nicht existieren kann, ersieht man daraus, daß zirka 90 Prozent der hiesigen Feingoldschläger mehr oder weniger auf die Mitarbeit ihrer Frau angewiesen sind. Etwas höher ist der Verdienst bei den Kollegen, die mit einem Lehrling arbeiten, doch sind dies nur wenige. Was Mißstände betrifft, so ist bei der Firma J. M. Müller, Großenhainerstraße, das Warten auf das Gold an der Tagesordnung. Vergütet wird dafür nichts, trotzdem schon bis zu einem halben Tage gewartet werden mußte. Auch die Braunverhältnisse sind in diesem Betrieb schlechte. So sind die Gehilfen gezwungen, vom Werkmeister hergestellten, sehr schwach präparierten Braun zu entnehmen, mittels dessen sehr wenig 1/16 erzielt werden. Der Schaden, der dadurch den Gehilfen entsteht, bedingt auch, daß gerade bei dieser Firma der niedrigste Lohn von allen Betrieben zur Auszahlung gelangt. Angesichts dieser mißlichen Verhältnisse muß es verwundern, daß der größte Teil der Kollegen in eine Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit versunken ist und diese Entbehrungen ruhig erträgt. Kollegen und Kolleginnen! Es ist höchste Zeit, daß ihr euch einmal aufrafft und über eure Lage ernstlich nachdenkt. Trete ein jeder in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein und handle in dessen Sinne. Denn nur dann kann die Lage der Dresdener Feingoldschläger gebessert werden.

Schmiede.

Mainz. Wenn je in einem Berufe die Verhältnisse schlecht und verschiedenartig sind, so in der Kettenschmiederei. Auch in der hiesigen Süddeutschen Kettenfabrik waren die Kollegen davon überzeugt, daß unbedingt etwas geschehen müsse zur Besserung der Löhne und zur Beseitigung verschiedener Mißstände. Als im vorigen Jahre eine Beschwerdeschrift unserer Verwaltung an die Firma gesandt wurde, erhielt Kollege Piehler eine Postkarte des Inhalts, daß man keine dritte Person benötige, um Beschwerden der Arbeiter vorzutragen, sondern diese es selbst tun sollten. Um zu erfahren, wie die Löhne an anderen Orten sind, wurde ein Fragebogen an die Kollegen der Hauptorte der Ketteninduſtrie gesandt. Das Ergebnis der Umfrage ließ erkennen, daß fast in allen Orten mit mehr oder weniger Ausnahmen die Kollegen darauf bedacht sein müßten, ihre Lage zu verbessern. In der darauf abgehaltenen Werkstattversammlung wurde der Beschluß gefaßt, dahin zu wirken, daß der Preis für einige schlecht bezahlte Sorten unbedingt erhöht werden müsse. Ferner wurde das Fehlen von Trinkwasser im Betriebe bemängelt, ebenso ungenügende Ventilation, auch über Mangel an Werkzeug wurde geklagt. Bei einer Verhandlung mit dem Geschäftsführer wurde uns zugesichert, daß Abhilfe geschaffen werden solle. Aber abgesehen von der Lohnzulage, die ein Kollege erhielt, ist noch nichts geschehen. Es wurden kürzlich auch Lehrjungen gesucht. Was die wohl lernen sollen? Kettenschmiede könnte die Firma wohl brauchen, denn sehr oft wird mit der Herstellung der Ketten erst angefangen, wenn sie schon geliefert werden müßten. Daß dies im Interesse des Geschäfts ist, muß bezweifelt werden. Die Geschäftsleitung ist ihrer Aufgabe nicht recht gewachsen. Es ist doch rentabler für den Betrieb, wenn ziemlich alle Feuer besetzt sind, statt nur die Hälfte, so daß schließlich bei regerer Nachfrage die Ketten von anderen Firmen bezogen werden müssen. Ein solches Geschäftsgebaren ist auch ein Schaden für die Arbeiterschaft. Ist es doch voriges Jahr vorgekommen, daß 8 Tage nur 4⅕ Stunden gearbeitet wurde und in den nächsten 14 Tagen mußten dann 300 bis 350 Meter 16 bis 23 Millimeter starke Ketten von auswärts bezogen werden. Dann holte man Kollegen, auch verheiratete, wieder herbei, um ihnen kurz vor Weihnachten wieder damit zu drohen, nur 4½ Stunden arbeiten zu lassen, obwohl von gangbaren Dimensionen nichts auf Lager war und auch heute noch nicht ist. Den Kollegen empfehlen wir, stets ihre Pflicht, für Organisation und Aufklärung zu sorgen, um bessere Lohn- und Erwerbsverhältnisse erringen zu können, zu erfüllen.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Baugewerbe. (Aussperrung.) Der Einigungsvorschlag den die drei Unparteiischen am 31. Mai den Parteien vorlegten, enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen: Die Arbeitszeit bleibt im allgemeinen dieselbe wie in der letzten Vertragszeit. Wo sie noch länger als 10 Stunden dauert, wird sie auf 10 Stunden herabgesetzt. Für einzelne Orte und angrenzende wirtschaftlich zugehörige oder gleichartige Gebiete, wo die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt und besondere schwierige Verhältnisse namentlich in Wohnungs- und Verkehrsangelegenheiten vorliegen, darf über eine mäßige und allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit örtlich verhandelt werden. Die gegenwärtig an den einzelnen Orten geltende Lohnform soll beibehalten werden. Akkordarbeit ist zulässig und hängt in jedem einzelnen Falle von der Vereinbarung mit dem einzelnen Arbeiter ab. Für einfache Arbeiten wird innerhalb sechs Wochen ein Akkordtarif ausgearbeitet. Streitigkeiten sollen durch die üblichen Instanzen geschlichtet werden. Ueber diesen steht noch ein Zentralschiedsgericht. Fügt sich eine Zentralorganisation einer endgültigen Entscheidung der Tarifinstanzen nicht, so hat die Gegenpartei das Recht, von den Verträgen zurückzutreten. Der Hauptvertrag gilt bis zum 31. März 1913. Sein Wortlaut darf nicht abgeändert werden, doch sind in den Ortsverträgen Zusätze erlaubt, soweit sie nicht seinen Sinn ändern. Aus dem vorgelegten Schema für die örtlichen Verträge ist außer den allgemein üblichen Bestimmungen über Geltungsbereich, Arbeitszeit, Ueberstunden, Arbeitslohn, Lohnzahlung, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Behandlung von Streitigkeiten noch hervorzuheben, daß die Parteien sich verpflichten sollen, keine im Widerspruch mit dem Vertrag ausbrechenden Bausperren, Streiks und Aussperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen. Ferner darf das Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitern auf ein und derselben Bau- oder Arbeitsstelle nicht beanstandet werden. Auch ist jegliche Agitation auf der Bau- oder Arbeitsstelle während der Arbeitszeit verboten. Pausen gelten nicht als Arbeitszeit. Anders- oder nichtorganisierte Arbeiter dürfen in den Pausen, vor und nach der Arbeitszeit auf der Bau- oder Arbeitsstelle nicht belästigt werden.

Dem Entwurf ist ferner noch eine Anzahl protokollarischer Erklärungen und eine ausführliche Begründung beigegeben worden, auf die wir hier nicht eingehen können.

Die Parteien hielten zum Zweck der Stellungnahme zu diesem Entwurf besondere Generalversammlungen ab. Die der Maurer und Bauhilfsarbeiter tagte am 6. Juni gemeinsam. Für die Annahme der Vorschläge stimmten in namentlicher Abstimmung 101 Hilfsarbeiter und 247 Maurer, dagegen 1 Hilfsarbeiter und 7 Maurer. Bei den Zimmerern, die zur selben Zeit tagten, wurden die Vorschläge in namentlicher Abstimmung mit 106 gegen 10 Stimmen ebenfalls angenommen. Auch die christlichen Bauarbeiter stimmten mit 73 gegen 6 Stimmen den Vorschlägen zu. Die Unternehmer hatten sich in Dresden versammelt. Auch sie nahmen die Vorschläge an, so daß es nunmehr darauf ankommt, in den einzelnen Orten Einigung zu erzielen. Dies ist in verschiedenen Orten bereits geschehen; an anderen Orten hat es sich jedoch als unmöglich erwiesen. Ueber diese soll ein Schiedsspruch gefällt werden.

* * *

In Plauen erschien ohne jede ersichtliche Veranlassung im Auftrage der Staatsanwaltschaft die Polizei in den Bureaus der Maurer und der Bauhilfsarbeiter und nahm dort Haussuchungen vor. Beschlagnahmt wurden nur acht Streikkontrolllisten, auf die es die Polizei einzig und allein abgesehen zu haben schien.

* * *

In Eisenach hängte der Unternehmerverband für das Thüringer Baugewerbe folgende Bekanntmachung in sein Bureaufenster:

„Um irrigen Auffassungen vorzubeugen, wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß die Dauer der Aussperrung im Baugewerbe auf sechs Wochen verlängert worden ist. Dispens für Materiallieferung wird grundsätzlich nicht erteilt.

Eisenach, den 28. Mai 1910.

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.“

Eine nette Friedensliebe!

* * *

Aus Eisenach wurde ferner der Erfurter Tribüne gemeldet:

„Die Bauunternehmer haben es bei der hiesigen Gewerbeschule durchgesetzt, daß seit einigen Tagen die Lehrlinge im Baugewerbe während der Dauer der Aussperrung vom Besuch der Schule befreit sind! Der Unterricht beansprucht in der Woche zwei halbe Tage!“

* * *

In Erfurt wurden alle zur Ableistung einer Reserveübung beorderten ausgesperrten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zurückgestellt. Sie konnten am Tage der Gestellung wieder nach Hause gehen. Einigen, die darum nachsuchten, man möge sie doch die Uebung machen lassen,

da sie zurzeit ohne Beschäftigung seien, wurde erklärt, das gehe nicht an. Der Grund dafür, weshalb gerade die zurzeit beschäftigungslosen Bauarbeiter zurückgewiesen wurden, wurde nicht angegeben. Eine recht „verständnisvolle“ Militärbehörde!

* * *

Unter solchen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, daß die Unternehmer immer übermütiger werden. Die Organe der beteiligten Gewerkschaften teilen viele krasse Beispiele mit. Wir erwähnen nur eins der schlimmsten, über das der Zimmerer (Nr. 23, Seite 232) berichtet. Der Vorsitzende Wiese von der Gruppe Baugewerbe des Unternehmerverbandes in Elmshorn macht große Anstrengungen, um einen einzigen Arbeiter außer Brot zu bringen. Er schrieb an den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes in Hamburg einen Brief, der folgende Stelle enthielt:

„Wir müssen nochmals auf den Fall Peters Söhne, Ottensen, zurückkommen, da es im ganzen Kreise Pinneberg keinen Glauben findet, daß der betreffende Arbeiter Zessin (?) auf einmal nicht mehr organisiert sei, nun er dort arbeitet. Im vorigen Jahr war derselbe noch einer der ärgsten Agitatoren und eine Plage der ganzen Landschaft.

Haben Sie gar keine Macht, endlich einmal durchzugreifen? Herr Peters muß ja durch den Mann getäuscht sein, sonst können wir uns es nicht vorstellen, daß er denselben nicht entläßt. Es sind doch unorganisierte Arbeiter genug zu haben.

Schaffen Sie uns doch endlich einmal Ruhe und dringen Sie darauf, daß der Arbeiter, welcher unter allen Umständen organisiert ist, entlassen wird. Hochachtungsvoll

Gottfr. Wiese.

Gruppe ‚Baugewerbe‘ des Arbeitgeberverbandes Elmshorn.“

Herr Wiese mag froh sein, daß er Unternehmer ist. Wäre er Arbeiter, so erhielte er für eine solche Handlung ohne Zweifel einige Wochen Gefängnis. Da er aber Unternehmer ist, wird man abwarten müssen, ob ihm etwas geschieht.

Steinarbeiter. Der vierte Verbandstag des Verbandes der Steinarbeiter wurde vom 20. bis zum 28. Mai zu Eisenach abgehalten. Auch diese Gewerkschaft hatte während der Krise einen Mitgliederverlust. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1909 in 303 Zahlstellen 17 095. Die Zentralkasse hatte eine Gesamteinnahme von 1 079 204,99 M., eine Ausgabe von 647 938,98 M. Am Schlusse der Geschäftsperiode war ein Kassenbestand von 431 266,01 M. vorhanden. Für Unterstützungen wurden 450 000 M. ausgegeben, darunter allein für Streikunterstützung 254 553,71 M., für Krankenunterstützung 124 345,75 M. Auch auf diesem Verbandstag wurde über Verschmelzungsfragen diskutiert; nur gab es noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Steinarbeiter sich den Steinsetzern oder den Bauarbeitern anschließen müßten. Beschlossen wurde, zunächst nur mit dem Verband der Bauarbeiter wegen Abschlusses eines Kartellvertrags in Verhandlungen zu treten. In betreff der Einführung der Erwerbslosenunterstützung hatte der Vorstand eine Vorlage ausgearbeitet, wonach diese Unterstützung im Steinarbeiterverband sehr schwer einzuführen ist. Sie wurde denn auch mit 35 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Ueber Tarifwesen und Streiktaktik wurde in geschlossener Sitzung verhandelt. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit der Generalkommission wegen Anstellung eines italienischen Agitators für das Baugewerbe in Verbindung zu setzen. In betreff der Beiträge hatte der Vorstand folgendes beantragt:

„Der wöchentliche Beitrag ist in vier Klassen einzuteilen, und zwar werden bezahlt (inklusive der Beiträge für Krankenzuschuß) bei einem Wochenverdienst bis 18 M.: 30 ₰, bis 21 M.: 40 ₰, bis 27 M.: 50 ₰, über 27 M.: 60 ₰. Weibliche Mitglieder zahlen pro Woche 20 ₰ Beitrag und kleben alle zwei Wochen eine 40 ₰-Marke. Von dem Erlös der Beitragsmarke bleibt am Ort: bei 30 ₰ — 4 ₰, bei 40 ₰ = 6 ₰, bei 50 ₰ = 8 ₰, bei 60 ₰ = 10 ₰. Am Ort können mehrere Beitragsklassen geführt werden, jedoch kommt für eine Berufsgruppe auch nur ein Beitragssatz in Frage. Etwaige Differenzen über die Beitragshöhe regelt der Zentralvorstand mit den Zahlstellen.“

Nach einem weiteren Antrag des Vorstandes soll die Streikunterstützung vom vierten Tage an bezahlt werden und in der 30 ₰-Klasse wöchentlich 7,50 M. betragen, in der 40 ₰-Klasse 9 M., in der 50 ₰-Klasse 11 M. und in der 60 ₰-Klasse 13,50 M. Für jedes Kind unter 14 Jahren werden in der 30 ₰-Klasse wöchentlich 75 ₰ mehr bezahlt, in den übrigen Klassen 1 M. Weibliche Mitglieder erhalten 6 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren 80 ₰. Mitglieder, die bei Ausbruch eines Streiks noch unter drei Monaten organisiert sind, erhalten in allen Klassen 3 M. weniger. Beide Anträge wurden angenommen. Mindererwerbsfähige Kollegen, die an Orten mit 30 oder 40 ₰ Beitrag arbeiten und dauernd einen Verdienst von 9 M. nicht erreichen, oder in Orten mit 50 oder 60 ₰ Beitrag beschäftigt sind und dauernd 12 M. wöchentlich nicht verdienen, sind vom Beitrag befreit, wenn sie dem Verband mindestens sieben Jahre als Mitglied angehört haben. Diese Mitglieder behalten ihre Rechte, sofern für die Unterstützung kranker Mitglieder pro Woche 10 ₰ geleistet werden.

Friseurgehilfen. Die Delegierten des Zentralverbandes der Friseurgehilfen Deutschlands waren vom 16. bis zum 19. Mai zum 10. Verbandstag in Nürnberg versammelt. Der Verband hatte im dritten Quartal 1907 mit 20 267 Beitragsleistungen den höchsten Stand erreicht; dann ging er beständig zurück. Im dritten Quartal 1909 wurden 15 754 Beiträge geleistet. Im vierten Quartal stieg die Beitragsleistung auf 19 962. Diese Art von Feststellung des Standes der Organisation ist zwar die unzuverlässigste, die es gibt, besonders im Verband der Friseurgehilfen, indessen scheint gegenwärtig noch keine andere möglich zu sein. Die Uebelstände, die bei den Bäckern schon zu einem beträchtlichen Teil abgeschafft sind und an deren Abschaffung die Fleischer ernsthaft herangehen, herrschen bei den Barbieren noch fast unbeschränkt und die verhältnismäßige Leichtigkeit, sich selbständig zu machen, trägt nicht dazu bei, die Gehilfen zu ernsthaften Anstrengungen zu veranlassen, ihre Lage schon während der Gehilfenzeit zu verbessern. Das Gewerbe befindet sich im Niedergang. Nach der Berufszählung im Jahre 1895 kam auf 801 Einwohner ein Barbier, nach der vom Jahre 1905 dagegen auf 614. Trotzdem blüht die Lehrlingszüchterei wie nie zuvor. Nur im sogenannten Damenfach ist ein Aufschwung zu verzeichnen, in diesem nimmt aber die Frauenarbeit bedeutend zu. 1907 kamen an 20 Verbandsorten Lohnbewegungen vor, 1908 an 5 und 1909 an 7. Die Gehilfenschaft scheint sich in den meisten Fällen erst dann zu einer Lohnforderung aufzuraffen, wenn sie infolge von Preiserhöhungen weniger Trinkgelder erhält. Um den Mitgliederverlust aufzuhalten, hatte der Vorstand sich veranlaßt gesehen, eine Urabstimmung über eine Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse (30 ₰ wöchentlich) vornehmen zu lassen. Sein Vorschlag wurde angenommen, hatte aber den entgegengesetzten Erfolg. Es waren durchschnittlich 13,2 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Die Reineinnahmen betrugen 116 637,07 M., die Ausgaben 114 475,18 M. Aus den Verhandlungen des Verbandstages ist eine Resolution hervorzuheben, worin an den Reichstag von neuem die Forderung auf gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gerichtet wird. Sehr eingehend wurde ferner über die Lehrlingsfrage diskutiert. Dazu wurde eine Resolution angenommen, die für die Lehrlinge eine gesetzliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden, 36stündige wöchentliche Ruhezeit, zweijährige Lehrzeit mit halbjährlichen Prüfungen, Aufhebung des Züchtigungsrechts, Verbot der Beschäftigung in Kasernen, Gefängnissen u. s. w. und Verbot des Naturallohns fordert. Nach einem weiteren Beschlusse sollen bei Feststellung von mangelhafter Ausbildung bei der maßgebenden Handwerkskammer oder Meistervereinigung Beschwerden erhoben werden. Die Oeffentlichkeit soll von Zeit zu Zeit über die Verhältnisse im Barbierberuf unterrichtet werden; dagegen wurde abgelehnt, direkte Warnungen vor Zuzug zum Beruf zu erlassen. Das Verbandsstatut wurde völlig umgearbeitet. Mitglieder, die selbständig werden, können künftig im Verband bleiben, solange sie mit Ausnahme der Zwangsinnungen keiner Korporation der Selbständigen angehören. Es sollen auch weibliche Berufsangehörige aufgenommen werden können. Die Beitragsklasse von 30 ₰ wurde für die männlichen Mitglieder wieder aufgehoben. Neu eingeführt wurden die Notfallunterstützung bis zum Betrage von 20 M. und das Sterbegeld in Höhe von 30 bis 50 M. Für größere Verwaltungstellen können auf Kosten der Hauptkasse besoldete Beamte angestellt werden.

Arbeiterversicherung.

w. Rente trotz des gleichen Lohnes. (Nachdruck verb.) Ist die Geltendmachung eines Schadenersatzanspruches möglich, auch wenn der Verunglückte nach dem Unfall denselben Lohn weiterbezieht, also in dieser Richtung keinen wirklichen Schaden erleidet? Diese Frage hat das Reichsgericht in folgendem Falle bejaht.

Der Arbeiter M. in Mainz hatte im Betrieb der der Stadt gehörigen elektrischen Straßenbahn zu Mombach einen Unfall erlitten. Der von ihm gegen die Stadt erhobene Schadenersatzanspruch wurde rechtskräftig zur Hälfte dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, zur andern Hälfte abgewiesen. Im Verfahren über den Betrag des Anspruchs erkannte das Landgericht auf eine Rente von werttäglich 1,85 M. und einige andere Beträge (Heilungskosten 2c.). Das Oberlandesgericht Darmstadt traf verschiedene Anderungen, beließ es aber bei der Rente, die nur etwas herabgesetzt wurde. Die beklagte Stadtgemeinde legte gegen das Urteil Revision ein und verlangte gänzliche Abweisung bezüglich der Rente. Sie begründete dies unter anderm damit, daß der Kläger nach Wiederaufnahme der Arbeit denselben Lohn weiterbeziehe, den er vor dem Unfall bezogen habe. Hierauf erklärte der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts:

Das Berufungsgericht hat die Tatsache, daß der Kläger jetzt denselben Lohn wie vor dem Unfall bezieht, nicht übersehen, sondern ausdrücklich in den Gründen seiner Entscheidung erwähnt. Der Werkmeister Th. hat bekundet, daß der Kläger nur noch als Kolonnenarbeiter und zu ganz leichten Arbeiten brauchbar sei, daß er von einem andern Werke gar nicht mehr als Arbeiter eingestellt werden würde, und daß der Wert seiner jetzigen Arbeitsleistung nur etwa täglich 2,80 M. betrage, während der Überbetrag des ihm gewährten Lohnes ein Gnadengeschenk sei. Auf Grund dieses Zeugnisses und des Gutachtens des Sachverständigen, der den Kläger als zu 50 Prozent durch den Unfall in der Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt erachtet, ist das Berufungsgericht zu der Überzeugung gekommen, daß dem Kläger ein Schaden in Höhe von ungefähr der Hälfte seines ohne den Unfall anzunehmenden Arbeitsverdienstes erwachsen sei; da durch das rechtskräftige Zwischenurteil dem Kläger aber nur die Hälfte des entstandenen Schadens zugesprochen worden sei, so entspreche die Zuerkennung einer Rente in Höhe von ¼ des vollen Arbeitsverdienstes. Das Berufungsgericht geht also davon aus, daß trotz der augenblicklich günstigen Stellung des Klägers auf die Dauer die zukünftige Gestaltung seines Erwerbes dennoch um die angenommene Quote herabgemindert ist, und daß er das gegenwärtige Mehr nicht als Entgelt seiner Arbeit, sondern als Übergeschenk aus Wohlwollen der Fabrikleiter beziehe. So verstößt die Entscheidung des Berufungsgerichtes weder gegen den materiellen Rechtsgrundsatz, daß der Schadenersatzanspruch sich notwendigerweise in den Grenzen des wirklichen Schadens halten müsse, noch gegen prozessuale Rechtsnormen.

Die Revision wurde deshalb, da auch die anderen Revisionsangriffe nicht durchschlugen, zurückgewiesen. (Aktenzeichen VI 183/09.)

„Volksversicherungen“ des Unternehmertums.

Nachdem die Hoffnungen der Unternehmer, durch Gründungen und Unterstützung der gelben Werksvereine die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu zertrümmern, zuschanden geworden sind, wird neuerdings versucht, die Arbeiter auf andere Weise einzufangen. Unter dem hochtönenden Namen „Verein für volkstümliche Versicherung“ hat sich in Düsseldorf eine Versicherungsgesellschaft gegründet, die Vereine und Einzelpersonen zum Anschluß an die Vereinsversicherungsbank für Deutschland zu Düsseldorf zu gewinnen sucht. In dem Prospekt, der augenblicklich in den großen Industriezentren Westfalens massenhaft zur Verteilung gelangt, werden im Vergleich zu den sonstigen Versicherungsgesellschaften die „außerordentlich günstigen“ Verhältnisse der neuen Institution hervorgehoben. Der flüchtige Beurteiler wird sehr leicht durch die vielversprechenden Angaben des Prospektes getäuscht. In Wirklichkeit wird den Arbeitern ein Danaergeschenk geboten. Das erhellt schon ohne weiteres aus dem Gründungsmodus selbst. Es heißt unter anderm im Prospekt:

„Um den Versicherten die Erfüllung ihrer Rechte aus der Versicherung unter allen Umständen zu garantieren, ist sie in der Form der Aktiengesellschaft mit einem voll eingezahlten Bürgschaftskapital von drei Millionen Mark gegründet worden. Sie verzinst aber satzungsgemäß dieses Aktienkapital nur mit höchstens vier Prozent, also mit einem Betrage, den dieses bei mündelsicherer Anlage zum mindesten selbst aufbringt. Der Aufsichtsrat der Bank erhält keine Tantieme. Alle diese Gewinne werden somit im Interesse der Versicherten verwendet.“

Man muß sich schon vorerst die Frage vorlegen, wie es kommt, daß so plötzlich sich eine Anzahl Kapitalisten finden, die in uneigennütziger Weise ihre Gelder zu einem solchen geringen Zinsfuß hergeben, um in sozialer Fürsorge für die Arbeiterschaft zu machen. Sehen wir uns deshalb die Namen der Gründer einmal etwas näher an. Neben dem Präsidenten des katholischen Volksvereins, dem Fabrikbesitzer Franz Brandt aus M.-Gladbach, finden wir die bekanntesten Scharfmacher Stresemann, Thyssen, Kirdorf und andere, die den Aufsichtsrat bilden. Und in der Liste der Aktionäre sind alle die Namen verzeichnet, die in der Arbeiterschaft eines guten Klanges entbehren. Um so weniger ist deshalb zu erwarten, daß diese „Herren“ in selbstloser Weise ihre Gelder nur im Interesse der Arbeiter zur Verfügung stellen. Bisher ist für die Arbeiterschaft von dieser Seite nichts Gutes gekommen, und auch in diesem „Wohlfahrts“objekt kann nur der Gedanke einer weiteren Fesselung erblickt werden. Die scheinbare Genügsamkeit der Aktionäre dürfte schon dann in einem ganz andern Lichte erstrahlen, wenn es sich erst um Ausleihung der durch die Versicherungsprämien angesammelten Kapitalien handelt. Ob hierbei nicht gerade die Aktionäre erhoffen, durch Erhalt billiger Betriebsgelder aus den Mitteln der Versicherungsbank enorme Vorteile zu ziehen, ist mindestens fraglich. Wird somit auf der einen Seite der Verzicht auf höheren Profit aus dem Unternehmen erklärlich, so ist anderseits aber auch nicht außer acht zu lassen, daß durch die dauernde Fesselung der Arbeiter an ihr Arbeitsverhältnis dem Unternehmer ein immenser Vorteil erwächst, dem sich noch das Halten der Löhne auf das Mindestmaß anschließen dürfte. Die gebotenen Bedingungen, die im Vergleich zu den sonstigen Lebensversicherungen um ein Geringes differieren, sind mithin nur scheinbare. Sie werden mehr denn wettgemacht durch die Unfreiheit und Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalismus.

An dieser Auffassung kann auch nicht ändern, daß diese Versicherungsbank vom Bundesrat als gemeinnütziges Unternehmen ausdrücklich anerkannt ist. Was wird nicht gerade von dieser Seite der Arbeiterschaft als Gutes benannt, um in Wirklichkeit nur den Arbeiter willfährig zu machen und in noch größere Knechtschaft zum Unternehmertum zu bringen. Deshalb meidet diese Versicherung! —

Man scheint sich überhaupt in letzter Zeit — besonders im Rheinland — anzustrengen, um die Arbeiter durch allerlei Versicherungsrummel von der Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. So wurde zum Beispiel im März in Barmen-Elberfeld für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit Reklame gemacht, der man den tönenden Namen Arbeiterwohl gegeben hatte. Im § 2 des Statuts wurde versichert, daß diese Versicherung „parteilos“ sein und nur den Zweck haben sollte, den Mitgliedern Arbeitslosenrente zu zahlen, gleichviel, ob die Arbeitslosigkeit verschuldet sei oder nicht. Dem Verfasser des Statuts haben unleugbar verschiedene Gewerkschaftsstatuten als Muster gedient. Die Beiträge betragen jedoch in fünf verschiedenen Klassen 65 ₰ bis 2,60 M. und die Arbeitslosenrenten steigen von 1 M. täglich nach einjähriger Mitgliedschaft in der ersten Klasse bis zu 12 M. täglich nach fünfjähriger Mitgliedschaft in der fünften Klasse. Die Rente soll bis zu sechs Wochen lang bezogen werden können. Mitglieder, die schon länger als fünf Jahre der Kasse angehören, erhalten für jedes weitere Jahr eine Woche länger Unterstützung. Was das Verhältnis der Beiträge zu den versprochenen Leistungen anlangt, so stellt diese „Versicherung“ sich in Gegensatz zu den gelben Organisationen. Während diese für lächerlich geringe Beiträge hohe Unterstützungen in Aussicht stellen, daß schon von vornherein auf „Geschenke“ vom Unternehmertum gerechnet werden muß, sind bei der Versicherung „Arbeiterwohl“ die Beiträge recht kräftig gesalzen. Ein recht großer Pferdefuß im Statut ist jedoch sehr sorgfältig versteckt worden. Nach § 6 erlischt die Mitgliedschaft durch den Tod, den freiwilligen Austritt und durch Ausschluß. Ein Viertes hat man an dieser Stelle nicht erwähnt, nämlich den Fortzug aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Versicherung, die nach ihrem ganzen Aufbau der behördlichen Aufsicht untersteht, ist nur für den Regierungsbezirk Düsseldorf genehmigt. Mitglieder, die aus diesem verziehen, verlieren also sämtliche Rechte, mögen sie nun zehn oder zwanzig Jahre Beiträge gezahlt haben. Die Kasse muß also geradezu als ein Hindernis für die Freizügigkeit der Mitglieder wirken und es ist nicht ausgeschlossen, daß gerade dies beabsichtigt ist. Man darf dies um so mehr vermuten, als auf den Publikationen dieser „Versicherung“ jede Angabe über ihre Gründer fehlt. Man weiß trotz aller Reklame nicht, wer dahinter steckt, obgleich schon ein Reservefonds von 5000 M. vorhanden sein soll, der offenbar nicht von armen Leuten stammt. Es ist nicht unmöglich, daß diese Einrichtung von Gesinnungsgenossen der Thyssen, Kirdorf 2c. ins Leben gerufen worden ist, um die Arbeiter von den Gewerkschaften zurückzuhalten. Darum: größte Vorsicht!

Gelber Rummel bei Krupp.

Mit dem sogenannten Nationalen Arbeiterverein Werk Krupp will es offenbar nicht so vorwärts gehen, wie seine hochgeborenen Macher es wünschen. Am 6. Juni versandte der Verein an seine säumigen Mitglieder folgendes Schreiben:

„Nach unserer Beitragsliste haben Sie weder den seit fünf Monaten fälligen Beitrag für das erste Vierteljahr, noch den ebenfalls seit Wochen fälligen Beitrag für das zweite Vierteljahr 1910 entrichtet. Unsere an Sie ergangene schriftliche Mahnung, sowie die wiederholte Aufforderung im Bund haben Sie zu unserm Bedauern auch nicht beachtet.

Für den Fall, daß die Zahlung nunmehr nicht innerhalb vier Wochen erfolgt, müssen wir annehmen, daß Sie auf die Beibehaltung der Mitgliedschaft keinen Wert legen und gemäß § 4 Absatz 2 Buchstabe c der Satzungen aus unserm Verein ausgeschlossen zu werden wünschen. Sollten wir mit dieser Annahme fehlgehen, indem ein anderer Grund, für den Rückstand vorliegt, so bitten wir um unverzügliche Mitteilung.“

Wenn Gewerkschaften sich einmal erlauben, an rückständige Mitglieder vervielfältigte Zahlungsaufforderungen zu richten, so wird in der arbeiterfeindlichen Presse gar gewaltig darüber hergezogen. Und doch ist es etwas ganz anderes, als wenn es so ein gelber Verein tut. Die Gewerkschaften arbeiten unter viel schwierigeren Verhältnissen. Sie haben nicht die wohlwollende Unterstützung durch das Unternehmertum; im günstigsten Falle liegt die Sache so, daß der betreffende Unternehmer ihnen keine Schwierigkeiten macht. In den Betrieben, wo die Gelben sich eingenistet haben und von den Unternehmern protegiert werden, haben die Gewerkschaften im allgemeinen einen noch schwereren Stand als anderswo. Eine Erleichterung wird ihnen meistens erst dann zuteil, wenn die gelbe Herrlichkeit anfängt, fadenscheinig zu werden, wenn die Arbeiter nicht mehr auf den gelben Leim kriechen wollen. Das scheint gegenwärtig bei Krupp der Fall zu sein. Nun ist es aber doch im allgemeinen den gelben Organisationen viel leichter, ihre Mitglieder zu halten, als es den Gewerkschaften ist. Wenn es aber trotzdem notwendig ist, solche Rundschreiben loszulassen, wie das obige, so darf man schon annehmen, daß es bei Krupp mit der „nationalen“ Herrlichkeit ziemlich faul aussieht.

Der schwarze „Kampfverband“ in Theorie und Praxis.

Der „christliche“ Engel hat die Sprache wiedergefunden. Auf die öffentliche Aufforderung des Genossen Kläusler in Rheinfelden (siehe Nr. 23 der M.-Ztg., Seite 183) hat er am 27. Mai im Säckinger Wochenblatt eine echt Engelsche Antwort erlassen. Er drückt sich feig um den Kernpunkt der Anfrage herum. Zwar bestreitet er nicht, daß der „christliche“ Verband die Unterstützung an Gaddi eingestellt habe, aber er sucht sich und den „christlichen“ Verband damit aus der Schlinge herauszuwinden, daß er behauptet, Gaddi wäre bei Ausbruch des Streiks erst 8 Wochen Mitglied des „christlichen“ Verbandes gewesen, er habe erst 4,80 M. an Beiträgen bezahlt gehabt, an Unterstützung hätten Gaddi und seine Familie zirka 400 M. erhalten, also bedeutend mehr als einem mehrjährigen Mitglied zustehe. Und Engel fragt dann, was denn die sozialdemokratische Arbeiterunion in Rheinfelden (Schweiz) für Gaddi und seine Familie getan habe.

Diese „Antwort“ begleitet Engel noch mit einem Schwall von Redensarten, auf die einzugehen überflüssig ist. Aber was wir von der „Antwort“ hier anführten, ist ein echt Engelsches Produkt. Gaddi gehörte nach den im Rheinfelder Prozeß gemachten Feststellungen bei Ausbruch des Streiks nicht 8 Wochen dem „christlichen“ Verband an, sondern seit etwa einem Jahre. Engel hat dort keine Einwendungen erhoben. Da aber Engel so großes Gewicht auf eine kurze Mitgliedschaft des Gaddi legt, wie stand es in dieser Beziehung mit den übrigen Streikenden? War es, wenn diese auch so kurze Zeit dem „christlichen“ Verband angehörten, überhaupt — Streikunterstützung wird nach dem Statut erst nach 26wöchiger Mitgliedschaft bezahlt — zulässig, mit ihnen einen Streik zu inszenieren? Es handelte sich ja um einen Angriffstreik, der 3 Monate vorher hätte angemeldet werden sollen. Wenn der „christliche“ Verband solche Renommierstreiks führen will wie den Rheinfeldener, dann hat er auch die Opfer eines solchen Kampfes zu unterstützen. Daß aber 400 M. für den 5 Monate in Untersuchungshaft gewesenen und dann zu 14monatiger Gefängnishaft verurteilten Gaddi und seine zahlreiche Familie keine ausreichende Unterstützung sind, das braucht nicht bewiesen zu werden. In dieser Summe ist auch noch die Streikunterstützung enthalten, zu der aber die Hauptkasse des „christlichen“ Verbandes soviel wie nichts beigetragen hat, weil fast die ganze Summe dafür durch Sammlungen bei den Arbeitern aller Richtungen eingebracht wurde. Dies geht aus der Jahresabrechnung des „christlichen“ Verbandes in Nr. 14 des Deutschen Metallarbeiter deutlich hervor. Die Zahlen, die darin über Rheinfelden enthalten sind, hätte sich die Redaktion dieses „christlichen“ Blattes erst richtig ansehen sollen, bevor sie in Nr. 24 bei Wiedergabe der Engelschen Antwort unverschämte Anspielungen auf unseren Verband machte. Das „christliche“ Blatt kann nicht bestreiten, daß der „christliche“ Verband die Familie Gaddi sich selbst überlassen hat. Die sozialdemokratische Arbeiterunion Rheinfelden aber, die keine Verpflichtung zur Unterstützung der Opfer des Leichtsinns und der Unfähigkeit der „christlichen“ Führer hat, unterstützte bis jetzt die Familie mit zirka 480 Fr.

In einer „Berichtigung“, die Engel an die Pfälzische Post sandte, behauptete er auch noch, Gaddi sei Mitglied, Vizepräsident und Tolmetscher der sozialdemokratischen Arbeiterunion Rheinfelden gewesen. Gaddi soll zwar vor vier Jahren direktes Mitglied der Arbeiterunion gewesen sein, aber er war nicht ihr Vizepräsident, sondern Mitglied des italienischen Vereins „Die Republikaner“, der als Korporation der Arbeiterunion angeschlossen ist. Ganz gleich aber: der Streik in Rheinfelden war das Werk des „christlichen“ Verbandes, der nun seine Opfer im Stiche läßt.

Hirsch-Dunckeriana.

„Man muß aussprechen, was ist!" Unter diesem Stichwort orakelt der Erkelenz von den Hirsch-Dunckerschen in seinem Leibblatt, der Düsseldorfer Westdeutschen Post, eine Anzahl Artikel herunter, um seinen alten Standpunkt, daß „Neutralität Unsinn" sei, ausführlicher zu verteidigen, da die früheren Darlegungen des Mannes angeblich „vielfach verzerrt" wiedergegeben worden seien. Der ganze hoffnungslose Wirrwarr, der die Hirsch-Dunckersche „Bewegung" kennzeichnet, gibt auch den neuesten Ausführungen des Erkelenz ihr Gepräge. Der Mann hält sich wunder wie klug, wenn er seine kindlichen Spielereien ausheckt und er wundert sich, daß darob die Welt nicht vor Erstaunen berstet. Nebenbei kommt er alle paar Jahre in die Lage, umlernen und seine früher mit apodiktischer Sicherheit ausgekramte Weisheit umstürzen zu müssen. Heute interessiert uns das indes nicht weiter. Wir wollen nur einer komischen Begegnung Erwähnung tun.

Nach einem Zeitungsbericht vom 17. Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sagte dort der Verbandsredakteur Lewin unter anderm:

„Erkelenz ist jetzt zurückgekommen von dem Standpunkt seines Artikels, Neutralität ist Unsinn, und zurückgekehrt zu seiner alten Liebe, der Neutralität."

An demselben 21. Mai, an dem die Zeitungen obige Rede Lewins vom Hirsch-Dunckerschen Verbandstag brachten, brachte die Westdeutsche Post den ersten einer Reihe von Artikeln des Erkelenz: Man muß aussprechen, was ist! Am Schlusse dieses Artikels heißt es:

„Wir fassen zusammen: es geht nicht mehr, daß tiefergehende, grundsätzliche Ideale, Weltanschauungen bei uns keine Pflege finden. Es geht nicht mehr, daß bei uns als höchste Weisheit gepriesen wird das geistige Leben von der Hand in den Mund. Es geht nicht mehr, daß die Mitglieder nicht auf bestimmte geistige Anschauungen systematisch erzogen werden. Es geht nicht mehr, daß wir vom Ringen der Geister abgeschlossen bleiben, außerhalb der Kämpfe um die Zukunft stehen, künstlich abgesperrt von ihnen durch einen Scheindamm, genannt Neutralität. Das Zeitalter des Materialismus, dessen höchste Weisheit die Neutralität war, ist vorüber. Langsam steigt eine neue Zeit des Idealismus, des Kampfes um die Weltanschauung herauf, in die wir uns einpassen müssen, wenn wir nicht zerdrückt werden wollen. Was der Verbandstag 1907 klar und deutlich begann, muß der von 1910 unterstreichen und zielbewußt fortsetzen."

Die Sperrungen in dem Zitat rühren von uns her. Ein Einsender von den Hirsch-Dunckerschen meinte kürzlich in einem ihrer Blätter, in der Neutralitätsfrage wisse schließlich niemand mehr, wer Koch und wer Kellner sei!

Der Wirrwarr innerhalb der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wird nur noch immer größer. Jedes „große Pferd" zieht nach einer andern Richtung. Keiner aber weiß, wohin er eigentlich will.

Geradezu putzig ist, was der Regulator in seiner Nr. 22 vom 3. Juni in einem „Rückblick vom Verbandstag 1910" sagt. Es heißt dort am Schluß:

„Der ‚Gewerkverein' ist besser finanziert worden durch Erhöhung des Abonnementspreises um 10 ₰ pro Vierteljahr. Auf der einen Seite wurde eine lebendigere, kräftigere Schreibweise verlangt, anderseits mehr statistisches und wissenschaftliches Material. Das sind nur scheinbare Gegensätze, in Wirklichkeit handelt es sich wohl darum, solche Artikel, die sich mit der Lage und den Verhältnissen der Arbeiter befassen oder ihre Forderungen an Staat, Gesellschaft und Unternehmertum enthalten, so zu schreiben, daß der Leser das Gefühl hat, daß der Verfasser aus eigenster, innerster Ueberzeugung heraus schreibt. Wenn solche geistige Kost abwechselt mit Wissenschaftlichem und Statistischem, dann muß es auch gelingen, mehr Abonnenten für den Gewerkverein zu gewinnen."

Auch hier rühren die Sperrungen von uns her. Nach dem Eingeständnis des Regulators war das „oberste" der Hirschenblätter, der „Gewerkverein", also bisher nicht so gehalten, daß der Leser das Gefühl hatte, der Verfasser der Artikel über die Verhältnisse der Arbeiter und ihre Forderungen an Staat, Gesellschaft und Unternehmertum schreibe aus eigenster, innerster Ueberzeugung!

Köstlich!

Vom Ausland.

Frankreich.

In der Nähe von St. Etienne im Departement Loire, der Wiege der französischen Großeisenindustrie, liegt in bergiger, malerisch schöner Gegend Chambon-Feugerolles. Es ist dies ein Ort mit etwa 12 000 Einwohnern, fast nur Arbeiterbevölkerung. Die Spezialität dieses industriellen Ortes ist die Schraubenbolzen- und die Feilenfabrikation; die letztere ist etwa zur Hälfte noch Hausindustrie. Der Höchstverdienst für Männer ist 5,50 Fr. pro Tag, die 800 im Berufe tätigen Frauen können im günstigsten Falle 2,50 Fr. pro Tag verdienen. Wohlverstanden, es sind nur einzelne Männer und Frauen, die diese Höchstgrenze erreichen. Die große Masse verdient viel weniger, jedoch ist es augenblicklich infolge Mangel an statistischen Unterlagen unmöglich, den genauen Durchschnittsverdienst zu ermitteln. Geschätzt wird dieser bei den Männern auf 4 Fr. und bei den Frauen auf 1,75 Fr. pro Tag. Vielleicht steht aber diese Schätzung über dem Durchschnitt. Chambon-Feugerolles war in den ersten drei Monaten dieses Jahres der Schauplatz eines zähen, an aufregenden Episoden reichen wirtschaftlichen Kampfes, der seinen Grund hatte in dem Festhalten eines konservativen Unternehmertums an den „Herrn im Hause"-Standpunkt. Auch in der französischen Republik müssen sich die Gewerkschaften die Anerkennung des gesetzlich schon seit 1884 gewährleisteten Koalitionsrechts Schritt für Schritt erkämpfen, und es werden noch viele Streiks und immer stärkere Arbeiterorganisationen notwendig sein, um die Unternehmer an die neuen Rechtsverhältnisse zu gewöhnen.

Die direkte Ursache des zuletzt 4300 Metallarbeiter und Arbeiterinnen umfassenden Streiks war die Maßregelung eines gewerkschaftlich sehr tätigen Kollegen. In der Schraubenbolzenfabrik von Beijon legten deshalb am 22. Dezember 1909 die 160 dort beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder und verlangten die Wiedereinstellung des Gemaßregelten. Dies wurde rundweg abgelehnt, selbst nach 6wöchiger Streikdauer beharrte der Unternehmer bei seiner Weigerung. Die andern Schraubenbolzenfabrikanten erklärten sich mit ihrem Klassengenossen solidarisch und verweigerten systematisch die Einstellung des Gemaßregelten und der andern Streikenden. Diese Einmütigkeit der Unternehmer trieb nun auch die Arbeiter enger zusammen, am 15. Februar 1910 schlossen sich die Schraubenbolzenarbeiter der übrigen Betriebe den Streikenden an. Damit betrug die Zahl der Feiernden schon 1200. Als dies immer noch nicht genügte, die Unternehmer eines Besseren zu belehren, beschlossen am 24. Februar die Feilenarbeiter die allgemeine Arbeitsniederlegung, und infolgedessen stieg die Zahl der Streikenden nach und nach auf 4300. Alles ruhte, kein Hammer wurde mehr gerührt. Selbst die in den entferntesten Winkeln lebenden Feilenhauer der Hausindustrie schlossen sich mit bewundernswürdiger Solidarität dem gemeinsamen Kampfe um das Recht zur gewerkschaftlichen Betätigung an, und hielten höher bis zum 3. April, dem Tage der Schlichtung des Konfliktes, aus. 102 Tage Streikdauer einer immer größer werdenden Anzahl von Metallarbeitern um das Recht der gewerkschaftlichen Betätigung, bei nur geringen Geldmitteln zur Unterstützung der Streikenden und ein Abschluß des Kampfes mit der Anerkennung der Organisation ist jedenfalls ein ganz beachtenswerter Erfolg unserer französischen Kollegen. Aus dem Schiedsspruch, der den Konflikt beilegte, führen wir die folgenden Stellen: „Die Schiedsrichter entscheiden, daß bei Streitigkeiten professioneller Natur zwischen einem Unternehmer und einem Arbeiter die letzteren in geheimer Abstimmung 2 oder 4 Delegierte wählen, die ausschließlich in dem Betrieb beschäftigt sein müssen. Die Unternehmer werden sich niemals dagegen wenden, daß diese Delegierten sich von einem oder zwei andern Delegierten der Gewerkschaft begleiten lassen, wenn diese der Berufskommission der Branche angehören, in der der Konflikt ausgebrochen ist." Immer noch etwas verhüllt ist damit im Prinzip der Gewerkschaft das Recht zugesprochen, bei Arbeitsstreitigkeiten regelnd einzugreifen. Und dazu waren 102 Tage erbitterten Kampfes notwendig.

Von der bereits in Nr. 23 erwähnten Bauschlosserbewegung ist zu berichten, daß der Streik ungeschwächt andauert. In den verschiedenen Bezirken von Paris, meist in den Sälen der Konsumvereine, gibt es bereits seit 14 Tagen als Streikunterstützung die sogenannten „gemeinsamen Suppen". Das sind gemeinsame Mittags- und Abendmahlzeiten, von der Gewerkschaft für die Streikenden veranlaßt und bezahlt, die sich bei den hiesigen Streikbewegungen immer mehr einzubürgern scheinen. Auch in dem erwähnten großen Streik zu Chambon-Feugerolles bestand die Unterstützung in diesen gemeinsamen Mahlzeiten, und nur dadurch war es möglich, bei den geringen Geldmitteln so lange auszuhalten.

Amerika.

Der amerikanische Parteitag über die Einwanderung der Asiaten.

Der in der zweiten Hälfte des Mai in Chicago abgehaltene Kongreß der sozialistischen Partei Amerikas widmete ein Drittel seiner Zeit der Diskussion der Einwanderung der Asiaten. Daß diese Frage für die Arbeiterbewegung eines Landes wie Amerika, das das Ziel der Hoffnung und der Schritte von Hunderttausenden von Asiaten geworden ist, eine unendlich höhere Wichtigkeit hat als für Europa, braucht nicht besonders begründet zu werden. Mit dieser Frage hatte sich eine Studienkommission lange Zeit beschäftigt. Die Mehrheit dieser beantragte:

„Zur Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart haben wir besondere Empfehlungen nicht zu machen. Aber die jetzt in den Vereinigten Staaten herrschenden Verhältnisse zwingen uns, in bezug auf die Ausschließung bestimmter Völker bestimmte und wichtige Vorbehalte zu machen, die sich auf die Masseneinwanderung der Chinesen, Japaner, Koreaner und Hindus beziehen. Wir befürworten die bedingungslose Ausschließung dieser Rassen, nicht als Rasse an sich, nicht als Völker mit bestimmten physiologischen Eigenschaften, sondern einzig und allein aus dem Grunde, daß sie gewisse Teile der Erde bewohnen, die soweit hinter der allgemeinen industriellen, wirtschaftlichen und psychologischen Entwicklung zurückstehen, daß sie nicht nur außergewöhnlich rückständig sind, sondern auch ganz besonders eine Gefahr für den Fortschritt des aggressivsten, kampfrohesten und intelligentesten Elementes unserer Bevölkerung sind."

Demgegenüber forderte die durch den Schriftsteller Spargo vertretene Minorität die Billigung der Stuttgarter Resolution. Aber die darin verlangte Zulassung aller Einwanderer fand wenig Freunde. Richtig betrachtet zählte ihre unbedingte Anhängerschaft nur ein paar Köpfe. Die Forderung des internationalen Kongresses: Beseitigung aller Schranken, die die Einwanderung erschweren, was für Amerika die Abschaffung des die Chinesen ausschließenden Gesetzes (Exclusion Act) heißt, würde im Ernstfall schwerlich einen Verfechter aus dem Proletariat finden. Die Delegierten des amerikanischen Westens, also die, die die Asiaten in nächster Nähe betrachten können, waren, man kann wohl sagen, einhellig gegen die Billigung der Stuttgarter Resolution. Dafür focht ein kleiner Teil der Delegierten mit größerer oder geringerer Entschiedenheit. Je weiter entfernt die Opponenten des Antrags der Mehrheit vom „Brennpunkt der gelben Gefahr", von San Francisco, wohnen, desto freundlicher stellten sie sich zur Frage der asiatischen Einwanderung.

Der Kongreß beauftragte eine Kommission mit der Regelung der Sache. Sie legte dann eine Resolution vor, auf die sich der Kongreß schließlich auch einigte. Sie lautet:

„Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten begünstigt alle Gesetzesmaßnahmen, die die Einwanderung von Streikbrechern und Kontraktarbeitern verhindert sowie die Masseneinwanderung von Arbeitern aus fremden Ländern, welche durch die Arbeitgeber stimuliert wird, mit der Absicht, die Organisationen der amerikanischen Arbeit zu schwächen und die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter herabzudrücken.

Die Partei widersetzt sich dem Ausschluß irgend welcher Einwanderer auf Grund ihrer Rasse oder Nationalität und verlangt, daß die Vereinigten Staaten zu allen Zeiten als ein freies Asyl für alle Männer und Frauen erhalten bleibe, welche von ihren Regierungen wegen ihrer politischen und religiösen Haltung, sowie wegen ihrer Rasse verfolgt werden."

Damit war ein glücklicher Weg durch die beiden Hörner des Dilemmas gefunden. Auf der einen Seite wurde der die asiatische Einwanderung haßenden Arbeiterschaft ein Beruhigungsmittel gegeben, auf der anderen Seite wurde versucht, der Stuttgarter Resolution gerecht zu werden. Hillquit, der Vater dieses Kindes mit dem Jammergesicht, hatte einige ungalante Bemerkungen über sein hier betätigtes heimliches Talent — er ist Advokat — einzustecken.

Bei der Begründung der Resolution sprach das Gefühl, wurde mehr mit Phrasen operiert als mit Tatsachen. „Die zweitägige Diskussion der asiatischen Einwanderung war eine Offenbarung der Jugend", heißt es im Chicago Daily Socialist.

Die Schwierigkeit, den Haß der amerikanischen Industriearbeiterschaft gegen die asiatische Einwanderung zu verstehen, wird gefördert durch die Schranken, die zwischen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und den der Industriearbeit fernstehenden Kreisen der Partei von der unionistischen Zünftlerei errichtet worden sind. Wer weiter absteht von der Reihe der Industriearbeiter, kann die Gefahren der schrankenlosen Zulassung der Asiaten für die Lebenshaltung der weißen Arbeiter in ihrer ganzen Größe nicht ermessen. Aber unsere führenden Genossen in Amerika haben, obwohl sie zumeist nicht direkt im wirtschaftlichen Tageskampf stehen, doch das Gefühl, daß die Befolgung der Stuttgarter Resolution in Amerika eine Schädigung der elementarsten Interessen der Arbeiter und eine noch größere für die Partei selbst sei. Wenigstens scheint dies aus der angenommenen, nach für und gegen schwankenden Resolution hervorzugehen. Aber was auch beschlossen wird, an der antiasiatischen Gesinnung der Masse der Arbeiterschaft wird nicht das allergeringste geändert, darf sie unter den gegebenen Verhältnissen nichts ändern lassen, wollte sie nicht die vitalsten Interessen breiter Schichten des Proletariats aufs äußerste gefährden. Diese Erkenntnis bringt unsere leitenden Genossen an der amerikanischen Westküste in die Reihen der antiasiatischen Bewegung. Den Beschluß des internationalen Kongresses ignorieren sie schlankweg oder sie lesen, wie Regnin, unser Bürgermeisterkandidat in San Francisco, aus ihr das blanke Gegenteil heraus. Das eine so üble Lesart möglich ist, liegt beileibe nicht an der Resolution, denn sie ist der Ausbund — von Konsequenz und Klarheit, sondern eben an der antiasiatischen Gesinnung.

Uebrigens werden wir noch auf diese Frage, die für die im wirtschaftlichen Tageskampf stehenden Arbeiter überaus wichtig ist, zurückkommen.

Literarisches.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863—1909, bearbeitet von **Wilhelm Schröder**, komplett in 19 Lieferungen à 30 ₰ zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk & Co. m. b. H., München. — Nachdem jetzt über die Hälfte der Lieferungen vorliegt, läßt sich ein abschließendes Urteil über das Werk fällen. Es hält, was die ersten Hefte versprochen: ein unentbehrliches Hilfsbuch für jeden gewerkschaftlich oder politisch tätigen Genossen zu sein. In Heft 11 und 12 werden behandelt: Militarismus — Mitgliederzahl der Partei — Monarchie — Name der Partei — Neue Welt, Zeitschrift — Neue Zeit, Zeitschrift — Offizielle Reichstagswahlkreise — Organisation der Partei. — Wir können unseren Lesern die Anschaffung des überaus praktischen Werkes nur empfehlen.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende von **Franz Mehring**. Preis 1,25 ℳ. Die soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienene Schrift ist aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entstanden, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Parteischule gehalten hat. Es sind nicht bloße Daten und Namen, es ist auch nicht nur eine epigrammatisch knappe Kennzeichnung historischer Ereignisse, sondern der Verfasser zeigt in allgemeinen Grundzügen die historische Entwicklung nach ihren inneren Zusammenhängen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Den biographischen Gesichtspunkten ist trotzdem alles Recht eingeräumt, das sie im Rahmen der allgemeinen historischen Darstellung nur irgend beanspruchen können. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil wird im Herbst erscheinen.

Neue Wechselordnung mit dem Gesetz betreffend Erleichterung des Wechselprotestes nebst Scheckgesetz und Postscheckgesetz. Taschenformat. Gesetzverlag: L. Schwarz & Comp. Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. 91 Seiten. Preis 1 ℳ.

Nachtrag.

Zur Aussperrung in den Kreisen Hagen-Schwelm.

Am 7. Juni begannen unter dem Vorsitz des Herrn Landrats Hasken Verhandlungen. An zwei Tagen wurden die Verhandlungen ausgesetzt, damit die Parteien unter sich verhandeln konnten. Es wurde jedoch wegen des Verhaltens der Unternehmer in der Arbeitsnachweisfrage noch keine Einigung erreicht. Weiterer Bericht folgt.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 18. Juni:

Kirchheim u. Teck. Rose, 8 Uhr.
Lüneburg. Lampertihalle, halb 9.
Metzingen. Kröz (Gambrinus), ½9.
Oranienburg. Diedrich, halb 9 Uhr.

Sonntag, 19. Juni:

Hannov.-Ld. Heizgsm. Langestr. 2, 10.
Mülheim a. R.-Styrum-Dümpten. Tietz, Hüttenstr. 21, 5 Uhr.

Mittwoch, 22. Juni:

Altenburg. Gewerkschaftsheim, ½9.
Hagen i. W. (Klemp.) Paßmann, ½9.
Hagen-Wetter. Rosenkranz, halb 9.
Wismar. Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 23. Juni:

Wallingen. Masse, 8 Uhr.

Freitag, 24. Juni:

Neumünster. Herberge, halb 9 Uhr.
Weimar. Volkshaus, halb 9 Uhr.

Samstag, 25. Juni:

Bant-Wilhelmshav. (Elektroment.) Halweland, Grenzstr. 38, halb 9 Uhr.
Barmen-Elberfeld (Heizungsmont. u. Helfer). Volkshaus, Elberfeld, 9.
Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9 Uhr.
Bonn a. Rh. Volkshaus, 9 Uhr.
Chemnitz (Klempner u. Installateure). Kulmbacher Bierhalle, halb 9 Uhr.
Colmar i. E. Volkshaus, halb 9 Uhr.
Crefeld u. Umg. Neuen, 9 Uhr.
Glückstadt. Stadt Altona, halb 9.
Greifswald. Penz, Langereihe 19, ½9.
Hagen-Altenhagen. Zum Konsumverein, halb 9 Uhr.
Hag.-Böhle-Kabel. Hoffmann, ½9.
Hagen-Eckesey. Alter Fritz, halb 9.
Hag.-Remberg-Eppenh. Breil, ½9.
Hall, Schwäb. Bierkeller, 8 Uhr.
Kneuttingen. Deutsche Flotte, 8 Uhr.
Mülheim a. Rhein. Dünnwald, 9.
M.-Gladbach-Rheydt. Heinen, ½9.
Norden. Walter in Ekel, 8 Uhr.
Oldenburg. Schumacher, halb 9 Uhr.
Spremberg. Knorr, halb 9 Uhr.
Swinemünde. Dörge, halb 9 Uhr.
Waltersh.-Friedrichroda. Löwen in Waltershausen, halb 9 Uhr.
Weinheim. Zähringer Hof, 8 Uhr.
Zuffenhausen. Kirchtal, halb 9 Uhr.

Sonntag, 26. Juni:

Breslau (Klemp.) Sieh. Volksw., ½11.
Dortmund (Former u. Gießereiarb.) Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.
Essen-Vordeck. Demont, ½11 Uhr.
Grevenbroich. Koch, 5 Uhr.
Hagen-Herdecke. Brenne, 10 Uhr.
Heißen. Möhlig, 11 Uhr.
Nürnberg. (Elektromonteure.) Verbandshaus, Karthäuserg., ½10 Uhr.

Montag, 27. Juni:

Barmen-Elberfeld (Schloßbauer). Herhaus, Barmen, Lohersfr., halb 8.

Samstag, 2. Juli:

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Ritzenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.
Dresden (Grav. u. Ziset.) Volkshaus, 9.
Essen (Heizungsm.) Eiffelturm, halb 9.
Herford (Klempner). Büchner, 9 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin (Feilenhauer). Umschauen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei P. Lux, N.W., Sickingenstr. 54, Qu. 3. Sprechzeit von 6½ bis 8 Uhr abends. — Auszahlung des Lokalgeschenks bei Leitow, N., Liebenwalderstraße 4. Sprechzeit von 6½ bis 8 Uhr abends.

Bremen. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum baldigen Antritt ein **weiterer Geschäftsführer** gesucht. Derselbe muß in der Agitation, Schlichtung von Differenzen, in Kassengeschäften und in Bureauarbeiten durchaus bewandert sein. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert. Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied und gesund sein. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit, bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, sowie Gesundheitszustand hervorgehen. Etwaige Probearbeiten behalten wir uns vor. Das Gehalt richtet sich nach den Münchener Beschlüssen, doch kann mit Kollegen, die schon angestellt waren, auch ein höheres Gehalt vereinbart werden. Die selbstgeschriebenen Bewerbungen sind bis zum 30. Juni 1910 in verschlossenem Kuvert mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Kollegen Karl Behle, Faulenstraße 58—60, einzusenden.

Breslau. Das in Nr. 18 als gestohlen gemeldete Mitgliedsbuch des Schlossers Heinrich Niesar ist wieder gefunden worden. Der gegen den Kesselschmied Franz Vogt ausgesprochene Verdacht ist unbegründet.

Delmenhorst. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Otto Dallmann, Schanzenstr. 45.

Erbach. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Wilhelm Mohr, Diamantarbeiter, Hauptstraße. Alle Sendungen sind dahin zu richten.

Görlitz. (Former und Gießereiarbeiter.) Umschauen streng verboten.

Heinichen i. Sa. (Former und Gießereiarbeiter.) Umschauen verboten. Zureisende arbeitsuchende Kollegen haben sich um Auskunft von 7 bis 8 Uhr abends an Karl Strauch, Hospitalstr. 45, zu wenden.

Leipzig. Mittwoch, 13. Juli, abends halb 9 Uhr, Generalversammlung, im Volkshaus, Zeitzerstraße.

Torgelow. Die Adresse des Bevollmächtigten und Kassiers ist jetzt: Otto Jahrmann, Königstr. 10 p., r.

Stuttgart. (Feilenhauer.) Umschauen verboten. Arbeitsvermittlung durch das Städtische Arbeitsamt, Schmalestr. 11.

Gestorben.

Annaberg. Robert Drechsler, Klempner, 23 Jahre, Lungenschwindsucht.
Diedenhofen. Wilh. Wacker, Ankerwickler, 18 Jahre, Blinddarmentz.
Driesen. Kurt Koltermann, Former, 20 Jahre, Wirbelsäuleentzündung.
Essen-Kettwig. Heinrich Hackhausen, Former, 53 Jahre.
Fürstenwalde. Wilhelm Müller, Former, 31 Jahre, Lungenbluten.
Gmünd, Schwäb. Wilhelm Buck, Goldarbeiter, 24 Jahre, Lungenleiden (4).
— August Schurr, Silberarbeiter, 25 Jahre, Lungenleiden (5).
Harburg a. Elbe. Wilhelm Metting, Schmied, 28 Jahre, Unglücksfall.
Magdeburg. Ad. Schellhase, Schmied, 44 Jahre, Herzschlag (206).
— Rudolf Perlitz, Schlosser, 21 Jahre, Lungentuberkulose (207).
— Gustav Schiller, Kernmacher, 39 Jahre, Schwindsucht (208).
— August Brandes, Bohrer, 58 Jahre, Herzschlag (209).
— Gustav Schwenn, Metallarbeiter, 50 Jahre, freiwilliger Tod (210).
Pforzheim. Anton Bahle, Hilfsarbeiter, 28 Jahre, Nierenleiden (7).
Pforzheim-Birkenfeld. Friederike Wessinger, Kettenmacherin, 24 Jahre, Lungenleiden (6).
Wurzen. Reinhold König, Gürtler, Rippenfellentzündung.
— Bruno Naumann, Klempner, Herzschlag beim Baden.

Privat-Anzeigen.

Tüchtige Former [...]
für mittlere Arbeit, denen an dauernder Stellung gelegen ist, sucht für sofort
Eisengießerei Weingarten (Württ.)
Hugo Stotz.

Ciseleure [...]
für Glasformen bei guten Löhnen sofort gesucht. **Pleyer, Bela & Besser.** Brandenburgische Glasformen- u. Maschinenfabrik, **Neu-Petershain N./L.**

Tüchtige erstklassige [...]
Heizungsmonteure
sucht Gustav Kuntze, Göppingen.

Für unsere Abteilung [...]
Rotationsmaschinenbau
suchen wir mehrere **Schlosser und Dreher.** Nur tüchtige, selbständig arbeitende Leute wollen sich melden.
Vogtländische Maschinenfabrik, A.-G., Plauen i. V.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 b.